

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben. Redaktion: SW. 68, Cindensstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 202 - 201. Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 8 1/2 bis 5 Uhr. Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Cindensstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 202 - 201.

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Nordchina trumps auf.

Die Sowjetforderungen werden abgelehnt. - Beunruhigung in Japan.

Paris, 13. April. (Eigener Drahtbericht.) Aus Peking wird gemeldet, das Marshall Tschangtschollin und die Mitglieder der Peking Regierung erklärt haben, daß sie nicht gewillt sind, auf die in der Sowjetnote über den Abbruch der diplomatischen Beziehungen vorgetragenen Forderungen einzugehen. Die Peking Regierung wird sich wahrscheinlich darauf beschränken, ihren diplomatischen Vertreter aus Moskau ebenfalls abzuweisen. Die durch den Abbruch der diplomatischen Beziehungen geschaffene Lage hat nach den hier vorliegenden Meldungen starke Beunruhigung in Tokio ausgelöst. Der japanische Kriegsminister, der beabsichtigt hatte, die japanischen Truppen in der japanischen Konzeption in Tientsin zurückzuziehen, hat diesen Plan aufgegeben und im Gegenteil die Truppen verstärken lassen.

Kanton antwortet den Mächten einzeln.

Hankau, 13. April. (Reuter.) Der nationale Minister des Äußeren Tschang Tschen wird die Forderung der fünf Protokollmächte über die Vorfälle von Hankang in vier Einzelnoten beantworten. Die Mächte, deren Kriegsschiffe Hankang beschoßen haben, werden eine Antwort erhalten, in welcher die Frage der Gewalttätigkeiten der nationalen Truppen umgangen und den Mächten der Vorwurf gemacht wird, daß sie durch das Bombardement ohne jeden Grund Menschen getötet und die Häuser der Zivilbevölkerung zerstört haben.

Italien und Frankreich sollen Noten erhalten, in denen die Zahlung von Schadenersatz zugesichert wird. Auch die Note an Japan soll, wie man glaubt, persönlich gehalten sein, um zu verdeutlichen, Japan von England und den Vereinigten Staaten zu trennen.

England freut sich über die Kämpfe in der Kuomintang.

London, 13. April. (E.P.) Die ausgedehnte Razzia der Untergebenen des Generals Tschiangkaifschek in Schanghai gegen die chine-

sischen kommunistischen Organisationen hat nach englischen Meldungen die Spaltung in den Reihen der Kantonesen erheblich erweitert. Nach Meldungen des „Daily Telegraph“ ist der Außenminister Tschang von Tschiangkaifschek abgerückt.

Das geht deutlich aus einem Leitartikel der „Times“ hervor, in dem sie die weitere Verantwortlichkeit für die Erfüllung der Forderungen der Mächte lediglich dem Außenminister Tschang zuschreiben. Auch die „Daily News“ weist darauf hin, daß es Tschang möglich sein müsse, eine befriedigende Antwort auf die Note der Mächte zu geben, daß aber diese Angelegenheit dadurch erschwert worden sei, daß die Mächte gleichzeitig auch dem General Tschiangkaifschek die Note überreicht hätten. In den „Times“ wird die allgemeine Auffassung dahin wiedergegeben, daß die kantoneseische Gefahr für Nordchina auf ein Minimum gesunken sei.

Diplomatenfrauen verlassen Peking.

Paris, 13. April. (E.P.) Nach einer Meldung des „New York Herald“ aus Peking haben die Frau des amerikanischen Gesandten in Peking sowie die Frauen mehrerer anderer Mitglieder der amerikanischen Gesandtschaft angesichts des wachsenden Erstes der Lage die Stadt verlassen.

Russischer Aufmarsch in der Sowjetmongolei?

Paris, 12. April. (Eigener Drahtbericht.) Verschiedene Blätter melden, daß vier Sowjetdivisionen an der chinesisch-mongolischen Grenze stehen und der Ausbruch von Feindseligkeiten befürchtet wird. Man glaubt in Paris, daß bei Ausbruch von russisch-chinesischen Feindseligkeiten eine japanische bewaffnete Intervention unvermeidlich sein wird. Die Nachrichten, die von bereits im Gange befindlichen Kämpfen melden, werden hier nicht bestätigt.

Russisch-amtlich werden diese Truppkonzentrationen bisher entschieden in Abrede gestellt.

Südslawien gegen Faschistenkapital.

Italienische Klage über die Verdrängung der Italiener aus Dalmatien. Bulgarische Banden gemeldet.

Rom, 13. April. (Agenzia Stefani.) „Giornale d'Italia“ wendet sich gegen ein vom südslawischen Parlament verabschiedetes Gesetz über das Vermögen und die Geschäftstätigkeit von Italienern in Dalmatien. Dieses Gesetz sei für alle wirtschaftliche Betätigung von Italienern in Dalmatien unbedingt prohibitiv. Man müsse es als eine scharfe politische Waffe betrachten, um das italienische Element in Dalmatien durch Methoden, die auch zur Zeit der österreichischen Verfolgungen unbekannt waren, endgültig zu entwurzeln. Dalmatien habe fast nirgends eine Breite von mehr als 5 Kilometern. Die italienische Bevölkerung liege in der Hauptsache an der Küste. Wenn man also den Ausländern verbiete, innerhalb der Zone von 50 Kilometern von der Küste Besessungen zu haben und Geschäfte zu betreiben, so werden dadurch alle Italiener betroffen.

Der italienische Besitz in Dalmatien einschließlich der Inseln stelle etwa ein Drittel der Bodenfläche und die Hälfte des ganzen Privatbesitzes in den an Jugoslawien abgetretenen Gebieten dar. Von den neuen Gesetzen werden nicht nur Privatpersonen, sondern auch bedeutende italienische Gesellschaften betroffen. Es gibt dort Unternehmungen, die nur dann leben und arbeiten können, wenn sie die Möglichkeit haben, sich nach Erschöpfung der im Abbau begriffenen Lager oder falls die Anlage neuer Kraftquellen notwendig wird, weiter auszudehnen. Alle sind vor die Entscheidung gestellt worden, entweder darauf zu verzichten, Italiener zu sein und sich als solche zu bezeichnen, oder umzukommen. Aber das neue jugoslawische Gesetz steht auch in direktem und offenem Widerspruch zu den zwischen Italien und Jugoslawien bestehenden Verträgen, z. B. zu der Konvention von 1879, die die italienischen Staatsangehörigen den jugoslawischen gleichstellt und die im Jahre 1924 auf Grund von Artikel 12 des Vertrages von St. Germain durch eine Verordnung der Belgrader Regierung auf ganz Jugoslawien ausgedehnt wurde. Damit bildet das neue Gesetz eine Verletzung der von allen Mächten festgesetzten internationalen Rechtsordnung. Spätere Abkommen, die jedoch von Jugoslawien nicht ratifiziert worden sind, waren dazu bestimmt, diesen Schutz näher zu umschreiben. Weichen Beweis seiner Loyalität, so fragt das Blatt zum Schluß, gibt also Jugoslawien gegenüber Italien, wenn es die Ratifizierung dieser neuen Abkommen unterläßt und die Durchführung einer seit 50 Jahren bestehenden friedlichen Konvention einstellt? Wir wollen die Antwort abwarten, um die Wahrheit der Behauptungen Spalinskowskisch zu beurteilen.

Bulgarische Banden unterwegs?

Belgrad, 13. April. (E.P.) Nach einer Meldung der „Breme“ aus Belgrad (Südbosnien) sind an der jugoslawisch-albanischen Grenze Banden in Stärke von zwölf Kompagnien, die unter bulgari-

scher Führung stehen sollen, beobachtet worden. Man befürchtet Einfälle in jugoslawisches Gebiet.

Ertappte Geheimbündler.

Hannover, 13. April. (Eigener Drahtbericht.) In Schmalzkalden wurde am 10. April bei einem Mag. Bischof, der bei einem Amtsgerichtsrat wohnte, eine polizeiliche Hausdurchsuchung vorgenommen. Die Ursache bildete der Verdacht, daß die Ortsgruppe Schmalzkalden des in Preußen verbotenen Wiking-Bundes noch fortbesteht. Tatsächlich wurden Schriftstücke, Mitgliederlisten und Rundschreiben der Ortsgruppe Schmalzkalden gefunden, die ergaben, daß diese Organisation noch fortbesteht. Auch Pistolen und Gewehrmunition wurden beschlagnahmt. Die Angehörigen der Schmalzkaldener Ortsgruppe werden sich wegen Vergehens gegen das Gesetz zum Schutz der Republik bald vor dem Reichsgericht zu verantworten haben.

Woldemares tritt zurück.

Der Rechtskurs verschärft sich.

Riga, 13. April. (Eigener Drahtbericht.) Der lettische Ministerpräsident Woldemares ist noch am Dienstagabend, nachdem er die Auflösung des Sejm durch den Staatspräsidenten erwirkt hatte, von seinem Amt zurückgetreten. Es verlautet, daß der gegenwärtige Wehrminister Oberst Merkys nunmehr beauftragt werden wird, eine rein nationalistische Regierung ohne Beteiligung des christlich-demokratischen Blocks zu bilden. Diesem Kabinett, von dem man behauptet, daß es bis auf weiteres ohne Parlament diktatorisch regieren wird, soll der bisherige Ministerpräsident als Außenminister angehören.

Die Reichsbahn lehnt ab!

Morgen neue Verhandlungen.

Während die Eisenbahnerorganisationen trotz allerlei Bedenken dem Schiedspruch vom 8. April zugestimmt haben, hat die Hauptverwaltung der Reichsbahn ihn abgelehnt.

Es ist zu erwarten, daß schon morgen im Reichsarbeitsministerium neue Verhandlungen vor sich gehen über eine Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches, der für die Lohngruppen I bis VII eine Erhöhung des Stundenlohnes um 4 Pf., für Arbeiterinnen um 3 Pf. vorsieht.

Eine Gandhi-Gewerkschaft.

Cawnpur und Agra.

Von Franz Josef Furimängler.

Cawnpur, wohin uns der Weg von Benares führte, ist wieder eine Stadt der Textilindustrie und hat als solche auch ihre Arbeiterorganisation. Diese steht im Zeichen des Mahatma Gandhi, was bedeutet, daß ihre Führer und Urheber politisch unter seiner Fahne sind. Mit einem Hoch auf Gandhi und einem zweiten auf die Delegation wurden wir am Bahnhof empfangen und von der dazugehörigen Jugendsportruppe mit Fahnen ins Hotel geleitet. Ebenfalls seltsam als erfreulich war mir die Wahrnehmung, daß diese „Gandhi-Gewerkschaft“ zahlreiche Mohammedaner umschließt, die in dieser Nordprovinz ziemlich zahlreich sind. Da dies hindu-mohammedanische Zusammenwirken in der Arbeiterbewegung eine von uns vielfach festgestellte Tatsache ist, wage ich zu behaupten, daß die Gewerkschaften hier das beste Brecheisen zur Zerstörung des unseligen Glaubenszwistes sind. Ueberhaupt entwickeln sich allmählich aus der Unruhe und Wirrnis unserer Eindrücke die Linien eines klaren Bildes von der gewerkschaftlichen Bewegung in diesem Lande, wobei mehr als die Quantität des Vorhandenen das daraus Entspringende, notwendig kommende scharfe Beachtung verdient — und wiederum ebenso sehr wie der aufquellende Arbeiterkampf selbst die Art, wie Regierung und Unternehmer darauf reagierten, sich damit abfinden bzw. dagegen antämpfen. Dies letztere möchte ich unsere interessanteste Beobachtung in Indien nennen. Unsere Funktionärkollegen in Cawnpur haben die Weihe empfangen, um bei den Arbeitern das erforderliche Vertrauen zu haben. Der eine von ihnen hat als „Agitator“ bereits gefessen, der andere wird zum gleichen Endzweck „überschattet“.

In einer Verlammlung wurden uns die Geschichte des Verbandes und seine Kämpfe, sowie die Klagen der Mitglieder über die Arbeitsverhältnisse am Orte vorgetragen.

Auch diese Gewerkschaft ist — wie alle, die wir bisher kennenlernten, aus Anlaß eines Streiks entstanden. Streiks verschärfen die vorhandene Grundstimmung, schaffen die Notwendigkeit und geben infolge der Arbeitsruhe die Gelegenheit zu Zusammenkünften und Beratungen, so daß es nur einer Führerinitiative zur Organisationsbildung bedarf. Erst nennen sich dann alle Streikberechtigten „Verbandsmitglieder“; später geht die Mitgliederzahl auf einen Bruchteil als stabiler Bestand zurück. Der Notierung wert ist jedoch der Umstand, daß die einmal entstandene Organisation nicht wieder verschwindet, auch dann nicht, wenn der Streik mit einer Niederlage endigt. Auch nach dem Abflauen der Begeisterung bleibt stets eine bedeutende Blutskonstante Organisationswillens.

Dieser Verband entstand im Jahre 1919 und ist seither dem Allindischen Gewerkschaftskongress angeschlossen, der ihn bereits in Kampfzeiten finanziell unterstützte. Der Vorstand — zur einen Hälfte Intellektuelle, zur anderen Arbeiter — wirkt ehrenamtlich. Statt einem vollbezahlten Bureaugehilfen, wie andere Verbände im Lande, hat dieser einen hauptamtlichen Agitationsangestellten, einen stämmigen, bärtigen mohammedanischen Weber. In der persönlichen Unterhaltung ist die Sanftmut selber, mildmütig und wortkarg. Von der Tribüne dagegen redet er mit einer Gewandtheit und Zugkraft, daß alle Fabrikherren der Stadt während sind, „weil er die Leute versteht und noch dafür bezahlt wird“. Um diese Bezahlung, die wenig höher ist als sein früherer Weberlohn, ist er nicht zu beneiden, auch verdient er sie bei der Rührigkeit, die er entfaltet, schon mit der körperlichen Leistung. Er ist übrigens der einigste Gewerkschaftsführer unserer Bekanntschaft, der des Englischen nicht mächtig ist; aber dafür zündet sein Hindostanisch um so besser. Beschreibung verdient sein Bureau. Dies hat er selbst erbaut, indem er an der Stelle einer Brandruine vier Pfähle in die Erde ramnte, diese durch ein Schilfdach verband und sich unter dessen Schutz und Schirm mit einem Tisch und zwei Stühlen einmüllerte. Wertvollere Schriftstücke seiner Bureauarbeit trägt er, in sein großes, farbiges Umschlagbuch gehüllt, stets bei sich. In dem Ernst und Opfermut, mit dem diese Leute wirken, ist solche Primitivität mehr imponierend als komisch oder lächerlich. Die Verbandsbeiträge sind, bei der Armut dieser Arbeiterchaft, außerordentlich niedrig, weshalb auch Unterstützungen nicht gewährt werden können außer in Streikfällen, und selbst dann wird der Hauptteil der Hilfe mit Reisspenden sympathisierender Bauern und Sworasjisten bestritten.

Die uns vorgetragenen Beschwerden aus den Betrieben waren etwa dieselben, wie wir sie leider überall vernehmen mußten: Schlechte Behandlung, willkürliche Geldstrafen in Form von Lohnabzügen, Verweigerung von Urlaub selbst bei Todesfällen in der Familie, Fehlen jeglicher Hygiene im Betrieb, Annahme von Bestechungsgeldern für die Einstellung; Dinge, von denen der Delegationsbericht im einzelnen handelt wird.

An einem der folgenden Abende sollten wir auf Ersuchen des Rektors und der Studenten der indischen Hochschule in der ökonomischen Fakultät Vorlesungen über Themen aus der modernen Arbeiterbewegung halten. Auf den Einwand, daß wir in unserem eigenen Lande zur untersten Klasse der Sudras (Arbeiter) gehören und sicherlich ausgelacht werden würden, wenn es uns einfiel, über die Pulsbedeck der Hochschulen hinweg zu predigen, erhielten wir die schlagfertige Antwort:

„Hier bei uns gehört derjenige zu den Brahmanen (der obersten Kaste), welcher befehligt ist, die geistigen Grundlagen seines Volkes zu begreifen.“ Wir konnten dem freundlichen Bitten nicht länger widerstehen und sagten zu. Nach Schluß unserer Vorträge mußten wir in dem schlichten Speiseraum des Internats an der indischen Abendmahlzeit teilnehmen. Um die herzlich wohlmeinenden Gastgeber nicht zu verletzen, verzehrte ich nicht nur Drangen und Bananen, sondern schluckte mit Mut auch das zudrige und fettige Badwert. Daß ich dabei von einem Eisbein fern im Abendland träumte, sahen mir die feinvitternden Indier an und waren darüber sehr amüsiert.

Agra, weiter landaufwärts und abseits vom Ganges gelegen, ist die Stadt der mohammedanischen Bauwerke und Kaisergräber aus dem sechzehnten und siebzehnten Jahrhundert. Für uns bedeutet es ein zweitägiges Verschmausen von Bersammlungen und Fabriken. Das unbestritten, ja unvergleichlich Schönste der Stadt ist der Taj Mahal, der ganz in weißem Marmor errichtete Tempel, den einer der Mogulkaiser in der Zeit des Dreißigjährigen Krieges als Grabmal seiner im Wochenbett verstorbenen Lieblingsfrau erbauen ließ.

Reisebücher heißen das Werk ein Gedicht in Marmor. Man könnte den mit Worten nicht zu beschreibenden Bau eine versteinerte Vision nennen. Graf Reyslering in seinem Reisetagebuch sagt, der Tempel würde seine Einzigartigkeit verlieren, wenn an Umgebung oder Atmosphäre das Geringste anders wäre als es ist. Ich glaube, er hat recht. Dies blütenweiße Frauengrabmal, das vier schlanke Minarettürme, wie die Kerzenständer eine Velchenbahn, umstehen, könnte nimmermehr ohne Tötung des eigenen Bildes grauen Nordlandhimmel zum Hintergrund haben. Und niemals einen anderen Vordergrund als das lange, großartig perspektivisch wirkende, steingefasste Wasserbecken, in welchem der weiße Palast sich als Reflex verdoppelt, während an dem Bassin entlang das strenge, aufrechte Zypressenparter wie ein düsterer Schicksalsweg harter Wirklichkeit auf diese zwiesache Illusion zuführt. Doppelt wunderbar! Die Reihen lebender Bäume stehen härter da, als der leblose Steinbau, — und das Marmorwerk über dem Erdboden wirkt nicht schwerer, nicht stoffhafter, nicht „wirklicher“, als sein Spiegelbild im Wasser. Beides, das Ganze eine Erscheinung aus einer Welt ohne Gegensatz von Traum und Wirklichkeit. Nichts Gleiches und nichts Ähnliches hat die an Schöpfungen der Baukunst vieler Zeitläufer so reiche Erde. Wie erdenstaubig wirkt selbst die Erinnerung an Napoleons prunkvolle Ruhestätte im Anblick dieses lichten Glanzbildes, welches Liebe über das Grab erstellt hat.

Am selben Tage sahen wir mal andere Bauten aus der mohammedanischen Kaiserzeit, vor allem dem Grabtempel Akbars. So unsagbar weit sie alle hinter dem Taj Mahal zurückstehen — untereinander wetteifern sie an Größe und Pracht. Einige zeigen merkwürdige Stilvermischungen islamischer, hindustischer, abendländischer und sogar chinesischer Bauweise. Doch eines Ortes sei Erwähnung getan, wo der Führer in uns mehr Eindruck hinterließ als das Gezeigte. Zwanzig Meilen vor der Stadt draußen ist eine Feste, die früher eine große Stadt umfaßte, heute ein Dorf einschließt. Fatehpur Sikri war im sechzehnten Jahrhundert Kaiser Akbars Residenz, von diesem unter dem Einfluß seines Scheichs Selim erbaut. Der große Scheich liegt hier begraben, und auch über seiner Gruft erhebt sich ein weißer Marmortempel. Eine behörbliche Anschlagtafel am Burgeingang teilt mit, daß der offizielle Führer, der gegen frei vereinbarte Geldgeschenke die Sehenswürdigkeiten erklärt, ein Nachkomme Scheich Selims sei. Der schlanke, alternde Mann mit dem kurzgeschnittenen Mohammedanerbart, dem Fez und dem enganliegenden langen Rock imponierte uns nicht so sehr durch seine aristokratische Herkunft, als durch die Qualitäten seiner eigenen Person. Er spricht nicht nur das vollendetste Englisch, sondern memoriert

Werte aus der indischen, persischen, arabischen Literatur im Urtext, und seine Vertrautheit mit der Geschichte des Orients ist durchaus anderer Art als die üblichen, auswendig gelernten Fremdenführerkenntnisse. Jetzt führt er „gegen frei vereinbarte Geldgeschenke“ blasfeme Europäer ans Grab seines Ahnen und wiederholt zum tausendsten Male die Geschichte vom großen Kaiser Akbar und seinem Scheich. Wie reich verging hier die Rufselmanenherrlichkeit! Dann kamen die noch heute kriegerischen Hindu-Maharajen, und im blutigen Ringen verblüht des Halbmonds Glanz. Doch auch die Sieger wurden müde im Kampf, und der lachende Dritte, der heute das ganze große Indien regiert, hatte gar leichtes Spiel, die Städte hier im Sturme zu nehmen. Demnächst werden es hundertfünfzig Jahre, daß dies geschah. Jubiläen stimmen zum Rückblick, aber auch zum Ausblick. Ich dachte an die Länder der gelben Menschheit und der aufgehenden Sonne, an das unberechenbare Rußland, an Indien, das große braune Kind, das eben jetzt sich, dem Lachenden nur vernehmbar, im Schlumberbett räkelt, und an Lloyd George, der einmal draußisch aber richtig sagte, dies Land sei von sechzigtausend Beamten und sechzigtausend Soldaten weißer Rasse regiert. Wer weiß. Ein zweiter Mahatma, nicht ganz so vedisch-christlich und king-fromm wie der in der Bombay-Präsidentschaft, ein Blutstropfen vom Messiaspropheten in den Adern, und — Scheich Selim wird unterm Marmorblock aufhören.

Worte und Taten.

Volkspartei gegen Deutschnationale. — Lehren des Stresemann-Prozesses.

Die parteiamtliche „Nationalliberale Korrespondenz“ widmet dem Ausgang des Stresemann-Prozesses eingehende Würdigungen, die nach verschiedener Richtung hin von politischem Interesse sind. Im Gegensatz zu den wiederholten Behauptungen der deutschnationalen Verleumder, eigentlich sei Herr Stresemann gar nicht das Objekt der Veröffentlichungen über die angeblichen Schieibungen gewesen, erklärt diese Korrespondenz:

Die vielen Beweiserhebungen über angebliche Schieibungen, über Kettenhandel und Korruption waren allerdings nicht ganz vergeblich; in einem ganz bestimmten Falle wurde ein politischer Kettenhandel mit gestohlenen Akten, wurden unsaubere politische Ausschlagungsgeschäfte, wurde das, was man als politische Korruption bezeichnen darf, einwandfrei erwiesen. Wir meinen das unsaubere Kaufgeschäft, das sich auf den Erwerb und die eigentümliche Ausnutzung gestohlener Akten zur Vernichtung politischer Gegner bezieht. Es ist gerichtsunfähig durch eidestattliche Besichtigungen der Zeugen Kranz und Oberregierungsrat Goebel festgestellt worden, daß die Hauptgeschäftsstelle der Deutschnationalen Volkspartei auf Anweisung ihres Hauptgeschäftsführers Dr. Weiß 5000 Goldmark für den Erwerb und die Ausschlagung gestohlener Akten gezahlt hat. Diese Akten sind fälschlicherweise als „Akten der Deutschen Werke“ bezeichnet worden, noch zuletzt in den Erklärungen des deutschnationalen Hauptgeschäftsführers Dr. Weiß und des Herrn Stein-Kumpelsitzchen. In Wirklichkeit, das haben die Verhandlungen in Plauen ergeben, befanden sich in diesem gestohlenen Aktenmaterial auch jene sogenannten Beweisstücke, mit denen Stresemann erebtegt werden sollte. Diese Tatsache kann durch seine Erklärung aus der Welt geschafft werden.

Diese Feststellungen decken sich mit den Mitteilungen, die wir an Hand authentischen Materials über den ganzen Vorgang machen konnten. Die Korrespondenz wendet sich aber dann weiter gegen die Versuche der Hugenberg-Pressen, die Sache so darzustellen, als ob man willkürlich die Beweiserhebung eingeschränkt habe, um nicht Stresemann zum Angeklagten zu machen. Sie zitiert dann folgende schönen Beispiele deutschnationaler Kampftatigkeit:

Wie weit die Versuche zur Irreführung der Öffentlichkeit gegangen sind, dafür nur einige Beispiele. „Das deutsche Volk“, eine

fogenannte katholische Wochenzeitung für das gesamte deutsche Volkstum, deren geistiges Haupt der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Universitätsprofessor Dr. Spahn — Professor der Geschichte, — ist, stellt in einem Artikel „Dunkle Sachen von Erzberger bis Stresemann“ u. a. die irrsinnige Behauptung auf, Witwin sei der Schwiegerjohn des französischen Generals Koller. Nicht minder grotesk ist die zu bestimmten tendenziösen Zwecken verbreitete Behauptung, der Privatsekretär des Herrn Reichsaußenministers, Herr Henry Bernhard, sei der Sohn des Chefredakteurs der „Vossischen Zeitung“. Man könnte über alle diese Dinge nur lachen. Wenn man aber feststellen muß, daß bis heute die nicht minder groteske Behauptung, Frau Stresemann sei die Tochter eines tschechischen Geschichts- und Munitionslieferanten und gleichzeitig die Schwester Poincarés, immer noch herumgetragen wird, dann bleibt nur der Schluß übrig, daß alle diese tollen Nachrichten nur deshalb verbreitet werden, weil ihre Erfinder damit rechnen, daß sie in völkischen und deutschnationalen Kreisen tatsächlich geglaubt werden. Diesen Kreisen wird dadurch nicht gerade das Zeugnis besonderer Intelligenz ausgestellt; aber das geniert die Nachrichtenfabrikanten nicht, wenn nur etwas hängen bleibt. Und gerade von diesen Gesichtspunkte aus müssen wir feststellen, daß auch im Zusammenhang mit dem Plauer Prozeß der Versuch, die öffentliche Meinung irrezuführen, Pressekorruption zu treiben in weitestem Umfange unternommen und durchgeführt worden ist.

Wie man sieht, ist die Epistel über die deutschnationale Schlechtigkeit, die hier geschrieben wurde, recht deutlich. „Politischer Kettenhandel mit gestohlenen Akten“, „irrsinnige Behauptung“, „traffe Korruption“, „verleumderisches Geschwätz“, „Pressekorrumpion“ — diese Vorwürfe wiegen schwer, wenn sie von der Deutschen Volkspartei sozusagen amtlich gegen ihre deutschnationalen Koalitionsgenossen erhoben werden. Man ist mit Worten nicht sparsam.

Aber die Taten? — Während die „Nationalliberale Korrespondenz“ solche Klageeinstöße ausstößt, assistiert Herr Stresemann dabei, wie die politischen Gesinnungsfreunde der Stein-Kumpelsitzchen, Dr. Weiß und Konjorten, reaktionäre Beamte in die höchsten Stellen des Reiches bringen.

Kriminelle Sowjet-Kommunisten.

Eine interessante Liste.

Die eigenartige Zusammensetzung der russischen Kommunistischen Partei ist bereits des öfteren Gegenstand von Erörterungen gewesen. In keinem zweiten Lande ist ja in so kurzer Zeit eine Partei mit einer so großen Anzahl von Mitgliedern entstanden, wie dies bei der Kommunistischen Partei der Fall war, höchstens läme noch in dieser Hinsicht die faschistische Partei im Lande Mussolmis in Betracht. Hier wie dort ist es ja die alleinherrschende Partei; daher der Zulauf zu ihr von oft sehr verdächtigen Elementen. Die Zahl der wirklichen Kommunisten in Rußland ist ja bekanntlich äußerst gering. Alles andere sind Mitläufer. Wie diese aber mitunter aussehen können, darüber führen eine bereite Sprache die Listen der ausgeschlossenen Mitglieder. Eine Pariser Zeitung weiß über die Zusammensetzung solch einer Liste für das Leningrader Gouvernement Interessantes zu berichten. Im Jahre 1925 wurden hier aus der Kommunistischen Partei 650 Mitglieder ausgeschlossen. Bei 287, also 40 Proz., bildete die Ursache des Ausschlusses Unterschlagung von Geldern; einige von ihnen hatten bereits die zweite Unterschlagung begangen. 111 waren wegen der verschiedensten kriminellen Verbrechen ausgeschlossen. Die waren sie bereits schwer kriminell, als sie in die Partei eintraten; unter diesen Kriminellen befindet sich eine Anzahl rückfälliger Diebe. 67 Mitglieder sind wegen Hochverrats, d. h. Rowodum in Verbindung mit Trunksucht, ausgeschlossen worden. Ungefähr 60 bis 70 haben sich der Spritbrennerei, der Wesslichkeit, des Schmuggels, der Desertion und dergleichen mehr zuschanden kommen lassen. Der Rest von etwa 150 ist wegen verschiedener anderen Ursachen ausgeschlossen. Zehn von den Ausgeschlossenen gehörten früher der zaristischen Polizei und der Gendarmerie an.

Höfliche Politik.

Von Paul Gutmann.

In einem großen demokratischen Verlag erscheint seit kurzem ein neues Wochenblatt, dessen einleitender Artikel für Höflichkeit in der Politik eintritt. Unter bekannten Parteiführern verschiedener Richtungen ist auch der Graf Reventlow, der ein Loblied auf die höfliche Politik anstimmt. Er ist gegen das schriftliche und mündliche Schimpfen, gegen persönliche üble Nachrede, Schnüffelei und Einmischung, wie er sagt, hoffentlich auch gegen die Prodekorationen auf der Straße, gegen Ueberfälle auf Andersgesinnte, gegen das noch unlängst so beliebte Mittel des Ministermords. Aber in demselben Atem, wie er diese Engelstöcke anhebt, schlägt er die Kesselpauke des Rassenkampfes als eines „Kulturkampfes“, von dem er sagt, er „wird mehr und mehr in den Mittelpunkt aller öffentlichen Fragen und bis zu einem gewissen Grade auch des gesellschaftlichen Lebens treten“.

Bergessen wir nicht, woraus das Wort Höflichkeit entstanden ist. Es besagt nichts anderes als den äußeren Schiß, wie er im Verkehr bei Hofe unter Häufigen üblich ist. Diese Höflichkeit, die nichts anderes ist als Vorsicht und eine schlaue Verstellungskunst, um den Gegner zu überlisten, wurde bekanntlich in der Renaissance, der Blütezeit verschlagener Diplomatie und des Jesuitismus jeder Art, zu einer hohen Kunst erhoben. Eine berühmte Anleitung zum vollendeten Höflichkeit verfaßte der italienische Gesandte Graf Castiglione in seinem „Cortegiano“, und der spanische Schriftsteller und Rektor des Jesuitenkollegiums zu Tarragona, Baltasar Gracian, gab Lebensregeln heraus, um die Höflichkeit in den Dienst egoistischer Verlogenheit zu stellen. Die Mittel des Höflichkeit sind nicht die plumpen Mittel jugendlicher Schwärmerei und wasserländischer Würder. Je weniger aggressiv die Höflichkeit jener jesuitischen Diplomaten ist, umso größer ist ihre Gefährlichkeit. Gracian gibt sogar in seiner Fuchschlauheit den Rat, sein Talent, seine Klugheit, sein Besseres mit dem Gegner zu verbergen, um ihn sorglos zu machen und seinen Reiz nicht zu erwecken. Hinter jener angenehmen Höflichkeit kann sich ein Abgrund von Verworfenheit und rohester Selbstsucht verbergen. Reventlow wühelt über jene Politiker, die, obwohl sie gut miteinander bekannt sind, grußlos am Andersgesinnten vorbeigehen, zusammen im Fahrstuhl stehen oder einander die Tür vor der Nase zuschlagen. Gewiß, das sind harmlose Kanakden, die den Methoden der Fuchse nicht gewachsen sind. Aus ihrer brüskten Abweisung spricht lediglich die Angst vor dem Raubtiergebiß der anderen! Ihnen Sanftmut zu predigen, erinnert an die bekannte Fuchspredigt gegenüber dem Raben in der Lafontaineschen Fabel.

Für wie dumm hält der Fuchs den Raben, dem er mit den käuflichen Tönen der Höflichkeit den Rassenkampf als den „Mittel-

punkt aller öffentlichen Fragen und bis zu einem gewissen Grade auch des gesellschaftlichen Lebens“ anpreist. Das heißt Krieg bis aufs Messer gegen jeden Andersblütigen oder, da das Messer den Methoden der Höflichkeit nicht entspräche, Krieg mit den feinsten Mitteln politischer Giftmischerlei. Man braucht den Gegner nicht anzuerkennen, aber man entzieht ihm die öffentlichen Ämter oder verhängt über ihn den kalten gesellschaftlichen Boykott, worin jene Herren eine unübertroffene Meisterschaft von altersher haben. Hat man je schlauere Fuchse gehört? „Ich glaube, daß dieser Kampf, wie lang er auch dauern mag, ein Kampf ums Ganze sein wird“ aber sofort darauf die treuherzige Meinung: „ich glaube, daß so manches erreicht werden kann, was jetzt zu beiderseitigem Mißvergnügen fehlt“

Die plump-naïve Schlaueheit eines Grafen Reventlow könnte uns gleichgültig sein, wenn sie nicht geradezu sinnbildlich uns den Gegensatz zwischen seiner und unserer Welt enthüllte. Sicherlich war die Gesellschaft um Ludwig XVI. höflicher als das Volk, das sie auf Schafott führte. Man ist heute wieder soweit, den geräuschlosen geölenen Gang der Maschine für wertvoller zu halten als ihren Reizen für die Allgemeinheit. Daß unsere Politik menschlich ist und die andere höflich sein will, darin besteht der Unterschied. Möglichst geräuschlos und elegant sich des Gegners entledigen, das ist die neue Politik, eine Politik auf Gummirädern. Nur keinen proletarischen Värm schlagen. Man kann sich der Republik auch anders bemächtigen. Die Wogen des neuen Kurses sind mit prima Stoßdämpfern versehen und tragen die Farben der schwarzrotgoldweihrotten Höflichkeit.

Opernhaus und Staatsbauverwaltung.

An dem Millionenumbau des Opernhouses Friedrichs des Großen ist kaum noch etwas durch Kritik zu bessern. Aber dieser wirklich schwere Fall muß eine Lehre für die Zukunft sein, nicht nur für die Berliner Denkmalpflege, vor allem für diejenige staatliche Stelle, die ihr Konto auch diesmal wieder belastet hat. Der Bund Deutscher Architekten hat in mehreren Kundgebungen Kritik geübt. Die beamtete Architektenschaft hat entrüstet die Verwaltungsinstanzen verteidigt. Im Bundesorgan aber weist Prof. Dr. Ing. Ed. Jost Siedler von der Berliner Technischen Hochschule jezt mit guten Gründen auf die grundsätzliche Wichtigkeit der Frage hin.

Die Staatsbauverwaltung verliert ihr Verhalten dadurch zu rechtfertigen, daß sie betont, sie habe nur den Auftrag ihrer vorgelegten Behörde ausgeführt. Der Finanzminister charakterisiert die Bauverwaltung als ein technisches Ausführungsorgan, das die ihr von der Staatsverwaltung — in diesem Falle vom Kultusminister und Finanzminister — zugewiesenen Aufträge selbständig auszuführen hat, und vergleicht sie in dieser ihrer Funktion mit Privatarchitekten, die in ähnlicher Weise von der Staatsverwaltung herangezogen seien. Der BDA ist allerdings der Ansicht, daß selbst der Privatarchitekt sich nicht nur als Ausführungsorgan seines Auftraggebers, sondern in erster Linie als sein sachverständiger Berater betrachten müsse. Wieviel mehr müßte man von der Bau-

verwaltung eine derartige Selbst einschätzung voraussehen! Die Bauverwaltung hätte die Bedenken unterstreichen müssen, die gleich noch bekanntwerden des Umbauprojektes in der Öffentlichkeit nach wurden und auf die die Akademie der Künste, die Akademie des Bauwesens, eine große Zahl hervorragender Baukünstler und Kunstgelehrter und nicht zuletzt der Bund Deutscher Architekten hinwies.

Die Bauverwaltung hätte auch die städtebauliche und wirtschaftliche Seite stark betonen müssen. Sie konnte darauf hinweisen, daß hier in dem mehr musealen Zentrum der Stadt ein Opernhaus nicht am Platze sei, daß ein derartiges Gebäude in eine ganz andere Gegend der Stadt gehöre, wenn es seine Aufgabe erfüllen sollte. Sie konnte beweisen, daß selbst bei Aufwendung großer Mittel doch durch den Umbau des Knobelsdorffschen Hauses nie und nimmer das staatliche Opernhaus geschaffen werden könne, das die Reichshauptstadt Berlin als Weltstadt brauche und das über kurz oder lang doch gebaut werden müsse. Mit einem Wort, die Staatsbauverwaltung müßte, wenn sie ihre eigene Bedeutung betonen wollte, sich zum Führer aller der Stimmen machen, die eindringlich vor dem Umbau warnten, und konnte — nur falsch beraten und falsch geführt — sich in die Position eines reinen Ausführungsorgans drängen lassen. Die Staatsbauverwaltung hatte wohl auch selten wie hier, als „vom Bauherrn“ die Opernhausfrage aufgerollt wurde, Gelegenheit, sich die Sympathien und die Achtung aller künstlerisch und kulturell interessierter Kreise zu erringen. Aber diese Gelegenheit wurde verpaßt. Wieswegen? Weil die Bauverwaltung so töricht war, die ihr gegebene hochbedeutsame Stellung als erste Beraterin des Staates in allen Fragen der Baukunst zu verkennen und gering zu achten, und sich in der viel weniger bedeutsamen Stellung eines technischen Ausführungsorgans zu gefallen. Das Verhalten des Geheimrats Fürstenau, des Vertreters der preussischen Staatsbauverwaltung, in diesem Falle ist aber — und das ist das Bedauerliche — symptomatisch. Hier liegt auch die ganze Schwäche der Bauverwaltung an sich. Aber die Bauverwaltung hat diese ihre eigene Blöße noch nicht einmal erkannt.

Das Petroleum geht zu Ende. Ein Viertel der Handelsschiffe der Erde werden heute bereits mit Del betrieben. Die Verwendung des Deles als Heizstoff ist noch nicht alt und dennoch wirkt man schon heute die Frage aus, wie lange das Del ausreichen wird. Gemessen an dem gegenwärtigen Konsum in den Vereinigten Staaten wird der Delevorrat Amerikas in acht Jahren erschöpft sein. Neue Delequellen sind nicht bekannt. So bleibt nur als Hilfsmittel: Sparlampen Wirtschaft. Heute werden jährlich 75 Millionen Barrels Gasolin verbraucht, 50—60 Millionen Barrels Dieselmotoröl und 20 Millionen Barrels zu Brennzwecken. Im gleichen Maße darf der Verbrauch nicht weitergehen, weshalb die Sachverständigen die Industrie vor die Aufgabe stellen, eine Methode zu erfinden, nach welcher der Verbrauch des Deles ökonomischer gestaltet wird als bisher.

„Der gesplante Mensch“, ein neues Sprechschmarerl von Bruno Schönlank erscheint in den nächsten Tagen im Volksbühnen-Verlag (Berlin NW, 40, Weg der Republik 7). Das Werk wird von dem Sprech- und Vortragskünstler der Berliner Volksbühne auf dem Verbandstage der deutschen Volksbühnenvereine in Ragdeburg aufgeführt.

Krisenzölle in Dänemark.

Zusammenarbeit zwischen Konservativen und Bauernliberalen.

Kopenhagen, den 12. April (Eigener Drahtbericht).

Drei Monate sind die Nachfolger des Kabinetts Stauning nunmehr am Ruder. Man kann nicht sagen, daß sie mehr erledigt haben als die Verlängerung einiger Luxusabgaben und Zölle, bzw. die Erhöhung gewisser nordschleswighiger Reptilienfonds. Geplant hatten sie desto mehr. Ihr Sparprogramm ist so umfangreich, daß sie darüber das neue Budget nicht zur vorgeschriebenen Zeit, bis 1. April erledigen konnten und mit einem Notetat arbeiten mußten. Von einem schnellen Eingreifen der Regierung zugunsten der Wirtschaft kann aber so wenig die Rede sein, daß sogar die industriellen Kreise innerhalb der konservativen Partei oppositionelle Regungen betunden und mit einer Reihe von Zollanträgen verfuhrten, ihre Wirtschaftspolitik der Regierung aufzudrängen. Das Kabinett blieb jedoch kühl, obwohl die Minister von ihren Stimmen abhängig sind. In dieser Situation veranlaßte die Sozialdemokratie die Parteien und die Regierung ihre Karten aufzudecken.

In einer Interpellation erinnerte die sozialdemokratische Fraktion die Regierung an ihr Wahlversprechen, die Wirtschaftskrise mit größter Energie zu bekämpfen und stellte die peinliche Frage, was sie zur Erfüllung dieses Versprechens zu tun gedenke. Die Interpellation war indirekt auch an die beiden anderen bürgerlichen Parteien, die Konservativen und Radikalen gerichtet, denn sie hatten ihren Wählern versprochen, ihrerseits dafür zu sorgen, daß schnellstens wirksame Maßnahmen gegen die Wirtschaftskrise getroffen würden. Die Antwort des Ministerpräsidenten Radsen-Nygdal auf die sozialdemokratische Anfrage war so, wie man sie nach den außerordentlich scharfen persönlichen Angriffen, die er und einige sozialdemokratische Führer in Versammlungen und Presseausgetauscht hatten, erwarten konnte: grob und höhnisch dem Interpellanten Stauning seine eigene Ministerzeit vorhaltend. Verschärft wurde die Aggressivität des liberalen Kabinettsführers dadurch, daß er die Gewerkschaften beschuldigte, mit ihrer Lohnpolitik und ihrem Festhalten am Achtstundentag die Krise zu erschweren. So offen hatte bisher kein Bauernliberaler seinem Mißvergnügen mit dem Aufwärtstreben der städtischen Arbeiter Ausdruck gegeben, und dieser Ausfall gegen Sozialdemokratie und Gewerkschaften hätte allein schon genügt, die Mißstimmung, die in konservativen Kreisen mit dem Kabinett Radsen-Nygdal entstanden war, zu zerstreuen. Aber der Ministerpräsident benutzte die Gelegenheit, in nicht zu deutlichen Worten den Konservativen zu verstehen zu geben, daß sein Kabinett nunmehr bereit sei, die freihändlerischen Prinzipien der Bauernliberalen beiseite zu legen und den Preis von „Krisenzöllen“ für sorgföhrliche konservative Unterstützung zu zahlen. Mit dieser mehr an die Konservativen gewandten Regierungsaussäherung zur Interpellation war es selbstverständlich, daß die Sozialdemokratie ein Mißtrauensvotum gegen das Kabinett stellte. Aber ebenso sicher war von vornherein dessen Ablehnung von einem konservativ-bauernliberalen Block. Fraglich blieb die Haltung der Radikalen. Man hatte manchmal in der Sozialdemokratie wohl gehofft, daß sie wegen der Ablehnung von Zöhrtrichen des Kabinetts an den sozialen Budgets und nach der protektionistischen Rede des Ministerpräsidenten für die sozialdemokratische Tagesordnung stimmen würden. Aber es zeigte sich, daß die Radikalen die klare Scheidung in Rechts und Links, die der Verlauf der Debatte gebracht hatte, nicht sehen und nicht mitmachen wollten. Sie vertieften auf den Ausweg, einen eigenen Antrag einzubringen, der von der Regierung die Bildung eines „Erwerbspolitischen Ausschusses“ zur Ausarbeitung von Richtlinien für die Bekämpfung der Wirtschaftskrise verlangte. Dafür stimmten nur die Antragsteller. Aber ihren durchsichtigen tatsächlichen Zweck sah eine selbständige Haltung, einen begründeten Rückzug aus der Feuerlinie der aufeinanderplagenden Gegensätze von Rechts und Links zu ermöglichen, erreichten sie trotzdem. Mit 75 Stimmen der Konservativen und Bauernliberalen gegen 53 Stimmen der Sozialdemokraten und bei 18 Enthaltungen der Radikalen und des „Rechtsverbandes“ (Bodenreformer) wurde dann die sozialdemokratische Tagesordnung abgelehnt.

Dieser Ausgang war zu erwarten, wohl niemand in der dänischen Sozialdemokratie hatte gehofft, die Regierung auf den ersten Hieb zu fällen. Was aber zu erreichen war, nämlich ein klares Bild darüber, wohin Regierung und bürgerliche Parteien steuern, wurde erreicht, vielleicht bis auf die radikale Partei, die noch einmal verstanden hat, sich alle Wege offen zu halten. Das Kabinett aber und seine Partei, die Bauernliberalen, haben sich entschieden müssen und dafür gestimmt, daß neben den sozialen Einschränkungen die Zollverteuerung gelöst wird. Die brüchig gewordene Zusammenarbeit zwischen Konservativen und Bauernliberalen ist damit wieder aufgerichtet.

Justiz und Polizei.

Ein Vortrag des Vizepolizeipräsidenten Dr. Weiß.

In der Juristischen Gesellschaft sprach kürzlich der Vizepolizeipräsident Dr. Weiß über die Beziehungen zwischen Kriminalpolizei und Justiz. Den Ausgangspunkt für seine Erörterungen bildete gewissermaßen der berühmte Magdeburger Fall Tenholt-Rölling. Die Frage, die damals aufgeworfen wurde, ging dahin, ob der Untersuchungsrichter befugt sei, einem bestimmten Polizeibeamten nach seinem Gutdünken gewisse Aufträge zu erteilen. Das Ministerium des Innern hat sich damals auf den Standpunkt gestellt, daß die Wahl des Beamten der Kriminalpolizei obliege und daß der Untersuchungsrichter allein das Recht habe, an sie das Ersuchen zu richten, durch einen Beamten einen bestimmten Auftrag zu erfüllen.

Dr. Weiß charakterisierte die Doppelstellung der Kriminalpolizei, die einerseits ein Teil der Verwaltung ist, und die andererseits als Hilfsorgan der Staatsanwaltschaft mit der Justiz verbunden ist. Diese Doppelstellung hat dazu geführt, daß die einen die Kriminalpolizei aus der Verwaltung herausnehmen wollten, um sie der Staatsanwaltschaft unterzuordnen und daß wieder ein anderer Gesichtspunkt die Staatsanwaltschaft unter einem Dach mit der Kriminalpolizei sehen wollte. Der Redner entschied sich für den zweiten Standpunkt. Er glaubt, daß die Staatsanwaltschaft, die jetzt zu einer einfachen Anklagemaschine geworden ist, durch eine feste Verbindung mit der Kriminalpolizei gewinnen würde. Andererseits muß festgestellt werden, daß die heutige Gesetzgebung nicht mehr dem modernen Kriminalpolizeiapparat entspricht.

Der § 152 der Gerichtsverfassung, laut dem der Staatsanwaltschaft gewisse Kriminalbeamte als Hilfsbeamte beigegeben werden sollen, ist veraltet. In der Praxis wendet sich die Staatsanwaltschaft im Bedarfsfälle an die Behörde mit dem Ersuchen, einem Beamten den einen oder anderen Auftrag zu erteilen. Veraltet ist auch der § 163 der Strafprozessordnung, der der Kriminalpolizei nur in unaufschiebbaren Fällen selbständig zu handeln erlaubt. Würde die Kriminalpolizei entsprechend dieser Forderung vorgehen, so wären vielleicht zwanzigmal so viel Staatsanwälte nötig. In

Wirklichkeit geht die Kriminalpolizei in allen Fällen, in denen Anzeige erstattet wird, selbständig vor. Erst nachdem sie ihre Ermittlungen zu Ende geführt hat, gibt sie die Sache der Staatsanwaltschaft ab. Nur in den Fällen, in denen bei der Beurteilung des Kriminalfalles rechtliche Gesichtspunkte maßgebend sind, informiert sie die Staatsanwaltschaft früher. Es erscheint notwendig, daß die veraltete Gesetzgebung der Praxis der Kriminalpolizei angepaßt würde. Der Magdeburger Fall konnte nur aus einer gewissen Unklarheit der herrschenden Gesetze entstehen. Er bilde jedoch nur einen Ausnahmefall. In Wirklichkeit wickeln sich die Beziehungen zwischen Kriminalpolizei und Justiz fast reibungslos ab.

Der Auknießer der Rechtsblockpolitik.

Bayern verteidigt seine Ansprüche.

München, 13. April. (Eigener Drahtbericht.) Mit einer fast halbjährigen Verspätung trat der bayerische Landtag am Dienstag zur Entgegennahme der Staatshaushaltspläne zusammen. Der Finanzminister legte vereinbarungsgemäß zwei Haushaltspläne für 1927/28 und für 1928/29 vor. Der ordentliche Haushalt für 1927 weist in Einnahmen und Ausgaben je 707 Millionen Mark, jener für 1928 je 740 Millionen Mark aus. Beide Haushalte sind also in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen. Die Gesamtausgaben haben sich für 1927 gegenüber dem Vorjahr um 38 Millionen Mark, für 1928 um 45 Millionen Mark erhöht. Im außerordentlichen Haushalt sind im Jahre 1927 81 Millionen Mark und im Jahre 1928 30 Millionen Mark angefordert. Hieron werden 16 Millionen Mark durch Reichsvorschüsse gedeckt, während der Hauptbetrag von 95 Millionen Mark durch das Land aufzubringen ist.

In seiner Budgetrede wandte sich der Finanzminister scharf gegen die Behauptungen in außerbayerischen Blättern, daß Bayern einen übermäßig großen Verwaltungsapparat habe und betonte, daß Bayern bei den Finanzausgleichsverhandlungen kein Geschenk verlangt noch erhalten habe. Das Gegenteil bleibt trotzdem richtig und ist oft bewiesen worden.

Beamtenrecht und Arbeitsrecht.

Eine grundsätzliche Klarstellung.

Nachdem sich unsere Monarchisten, Antirepublikaner und sonstige Anhänger des alten Systems von der offenen Bekämpfung der Republik durch Putzche und Umsturzversuche umgestellt haben auf die Parole: „Hinein in den Staat“, ist der Kampf um die Seele der Beamtenenschaft aufs neue mit besonderer Heftigkeit entbrannt. Die Reaktionen haben sehr richtig erkannt, daß sie ihren realpolitischen Zielen und materiellen Interessen sehr gute Dienste leisten könnten, wenn sie durch den Einfluß auf die Beamtenenschaft, den sie erstreben, die öffentliche Verwaltung in die Hand bekämen.

Bei der mangelnden politischen Erziehung der im Obrigkeitstaats aufgewachsenen Beamtenenschaft glauben sie daher, die Beamtenenschaft am ehesten dadurch für sich gewinnen zu können, daß sie ihr die Sozialdemokratie, die Hauptträgerin des neuen Staates, als Feind des Beamtentums hinstellen. Auf dem Gebiete der wirtschaftlichen Interessen der Beamten mußten allerdings diese zu durchsichtigen Zwecken unternommenen Angriffe gegen die Sozialdemokratie mehr und mehr verstummen; denn selbst die größten Gegner der SPD. können die Tatsache nicht vor dem Urteil der Beamten verdecken, daß die Sozialdemokratie, besonders in ihrer praktischen Arbeit in den Parlamenten, sich in heroischem Maße um die

Sicherung der wirtschaftlichen Existenz

der Beamten bemüht. Die Märchen von der „Gleichmacherei“ der Sozialdemokratie, die auch die besser bezahlten Beamten, wenn es nach ihr ginge, möglichst auf das Lohnniveau der Arbeiter herabdrücken wolle, verfangen nicht mehr. Man verlußt daher jetzt, der Beamtenenschaft von einer anderen Seite beizukommen.

Man hat sich zu diesem Zweck das Gebiet des Beamtenrechts ausgesucht und will der Beamtenenschaft einreden, daß die Sozialdemokratie Segnerin der durch die Beförderung und die Bemögensgehe gesicherten Rechtsstellung der Beamten sei. Besonders ein Satz hat es diesen Gegnern der SPD. angetan, der sich in dem auf dem Berliner Parteitag im Jahre 1924 beschlossenen Beamtenprogramm der SPD. findet. Er lautet: „Die Sozialdemokratie tritt ein für Schaffung eines einheitlichen, zeitgemäßen Beamtenrechts auf Grundlage folgender Forderungen: a) Wahrung der öffentlich-rechtlichen Stellung der Beamten im Rahmen des allgemeinen deutschen Arbeitsrechts.“

Mit dieser Forderung von der

Eingliederung des Beamtenrechts in das Arbeitsrecht

will man beweisen, daß die Sozialdemokratie die heutige Rechtsstellung der Beamten beseitigen und sie in ein den Rechtsverhältnissen der Arbeiter völlig gleichartiges Verhältnis bringen wolle. Leider gibt es auch in den Reihen der parteigenösslichen Beamten einzelne, die sich zwar jene Behauptung nicht zu eigen machen, jedoch der Meinung sind, daß die Forderung nach Eingliederung des Beamtenrechts in das Arbeitsrecht dem Beamtentum abträglich sei und zu einer Beeinträchtigung seiner heutigen Rechtsstellung führe. Eine solche in den eigenen Reihen der Partei verbreitete Auffassung muß sich aber schließlich zu einer Unterföhrung jener gegen die Partei gerichteten Angriffe auswirken. Es ist daher am Platze, einmal klarzustellen, was jene Forderung in Wirklichkeit bedeutet.

Zunächst wird gegen sie eingewandt, daß eine arbeitsrechtliche Ausgestaltung des Beamtenverhältnisses schon deswegen unmöglich sei, weil das Beamtenrecht dem öffentlichen Recht angehöre, das Arbeitsrecht jedoch privatrechtlicher Art sei. Diese Gegenüberstellung ist jedoch völlig unzutreffend. Die Unterscheidung zwischen öffentlichem und bürgerlichem Recht bezieht sich auf die an den Rechtsverhältnissen beteiligten Personen. Rechtsformen, die dem öffentlichen Recht angehören, sind ausschließlich Personen des öffentlichen Rechts zugänglich, in erster Linie also dem Staat. Die Einteilung jedoch, die zwischen dem Arbeitsrecht und dem nicht zum Arbeitsrecht gehörenden Rechtsgebieten unterscheidet, gewinnt ihre Einheitsmerkmale aus den Tatbeständen der durch die Rechtsnormen geregelten Lebensverhältnisse. Es gibt neben den privatrechtlichen Bestandteilen des Arbeitsrechts eine ganze Reihe von arbeitsrechtlichen Gesetzen, die zweifellos öffentlich-rechtlichen Charakter haben. Das Beamtenrecht erleidet daher in seinem öffentlich-rechtlichen Charakter nicht im geringsten eine Einbuße, wenn man es dem Arbeitsrecht angliedert.

Daß jedoch das Beamtenrecht auch seinem Wesen nach zum Arbeitsrecht gehört, ergibt sich aus folgender Ueberlegung:

Barmat-Kredite und ihre Deckung.

Aus den Vernehmungen im Barmat-Prozess.

Im weiteren Verlauf der gestrigen Verhandlung erklärte Oberstaatsanwalt Sturm, daß das nach den Behauptungen der Verteidigung verschwundene Kassenmemorial sowie der Aktienband „Finanzinventar“ aufgefunden worden seien, und zwar hätten sie nicht bei der Staatsanwaltschaft, sondern bei der Merkur-Bank gelegen. Der Angeklagte Klenke betonte hierzu, daß die überreichte Mappe nicht mit der geforderten identisch sei. Aus der weiteren Aktenverlesung ging noch hervor, daß auch die Merkur-Bank Barmats Mitte August 1924 einen Kredit von 2 Millionen von der Deutschen Girozentrale erhalten hat. Als Sicherheiten waren für 1 Million notierte Effekten, ein Wechsel über 2 Millionen mit der Bürgschaft der Garantiebant sowie die Uebertragung von 140 Tonnen Stahl gegeben worden. Der Amerigma gehörten und auf dem Wagerlehof in Friedrichsfelde lagerten. Nach einem Gutachten der Merkur-Bank wurde der Stahl auf 1250 000 Mark geschätzt, während der Sachverständige der Girozentrale den Wert auf höchstens 400 000 Mark bezifferte.

Das Gericht wandte sich dann dem zweiten Kapitel dieses Abschnitts zu, das sich mit der Bewertung der Deckungen befaßt. Neben einigen Hypothesen, die auch von der Anlage für vollwertig angesehen werden, war das Aktienkapital der Donauländischen Werke u. a. als Deckung gegeben worden, das die Amerigma zu 80 Proz. besaß und mit 8 Millionen bewertet hatte. Weber Julius Barmat, noch Klenke konnten die Frage des Vorliegenden beantworten, wer diese Bewertung vorgenommen hätte, sie mutmaßten vielmehr, daß sie von dem Finanzinventar J. Roth oder von dem Angeklagten Rabinovich gemacht worden sei. Direktor Lichtenstein von der Merkur-Bank, der die Werke, die in Böllersdorf bei Wien liegen und im Kriege für den österreichischen Staat Kriegsmaterial herstellten, besichtigt hatte, erklärte auf die Frage des Vorliegenden, welchen Eindruck er von dem Betrieb erhalten habe, kurz und bündig: „Den einer großen Pleite.“ Es hätten mindestens Hunderttausende dazu gehört, die Werke wieder in Betrieb zu setzen. Von der Verteidigung Barmats wurde demgegenüber ein Gutachten überreicht, das von dem Vorbesitzer stammt, und das das Unternehmen durchaus günstig schildert.

Der Staat könnte sich zur Erledigung bestimmter Geschäfte seine Bürger in der Form des Ehrenamtes oder der öffentlichen Dienstpflicht verpflichten. Dieses Verfahren reicht jedoch nicht aus, um die Kräfte zu gewinnen, die zur Erfüllung der staatlichen Aufgaben notwendig sind. Er braucht also noch eine gewisse Anzahl von Personen, die sich hauptberuflich der Erledigung solcher staatlichen Aufgaben widmen. Bei der Bedeutung dieser im Interesse der Allgemeinheit zu erfüllenden staatlichen Funktionen ist es notwendig, die mit ihrer Ausübung betrauten Personen in

ein enges Rechtsverhältnis zum Staat

zu bringen, d. h. ihre Anstellung und Beschäftigung in besonders umfassendem und ausreichendem Maße rechtlich zu regeln. Die zu diesem Zweck erlassenen Gesetze stellen das Beamtenrecht dar. Trotz seines öffentlich-rechtlichen Charakters ändert sich daran nichts, daß der Zweck, weswegen der Staat Beamte annimmt, der ist, sich menschliche Arbeitskräfte zur Erfüllung seiner Aufgaben zu verschaffen, und da dies der Sinn und Inhalt des zwischen Beamten und Staat begründeten Verhältnisses ist, gehören die dieses Verhältnis regelnden Normen zum Arbeitsrecht.

Daran ändert auch die besondere Treuverpflichtung des Beamten zum Staat, auf die so häufig hingewiesen wird, nichts. Selbstverständlich verlangen wir und verlangen gerade die Sozialdemokratie, daß die Beamten sich mit dem Staat, dem sie dienen, innerlich verbunden fühlen und ihr bestes Können bei der Erfüllung ihrer Pflichten hergeben. Es ist jedoch falsch, einen unüberbrückbaren Gegensatz zwischen dieser, wie man sagt, personenrechtlichen Bindung des Beamten und dem angeblich nur schuldrechtlichen Verhältnis des Arbeiters im Arbeitsrecht zu konstruieren.

Auch der Inhalt des Arbeitsverhältnisses eines Arbeiters erschöpft sich keineswegs in dem schuldrechtlichen Austausch von Lohn gegen Arbeit und umgekehrt. Vielmehr geht auch der Arbeiter eine Fülle von personenrechtlichen Bindungen ein und stellt sich mit seiner ganzen Person in den Organismus des Betriebes. Der Unterschied zwischen ihm und dem Beamten liegt nicht im Wesen seiner Stellung innerhalb eines solchen Organismus, sondern er ist ein Unterschied des Grades. Die besondere Bedeutung der staatlichen Aufgaben fordert

ein besonderes Maß an Pflichtgefühl

und demgemäß umgekehrt auch besondere Sicherungen der Stellung des Beamten. Die wichtigsten hiervon sind: die lebenslängliche Anstellung und die Pensions- und Hinterbliebenenversorgung. Der eingangs zitierte Satz aus dem Beamtenprogramm der SPD. bedeutet keineswegs, daß dem Beamten diese Sicherungen genommen oder auch nur gekürzt werden sollen. Was durch sie vielmehr erstrebt wird, läßt sich folgendermaßen ausdrücken:

Das Berufsbeamtentum mit lebenslänglicher Anstellung und Pensionsversorgung bleibt bestehen. Die Bestimmungen des Arbeitsrechts finden auf das Beamtenverhältnis keine Anwendung, als sich nicht aus der besonderen Natur des Beamtenverhältnisses oder dem hierauf beruhenden Beamtenrecht etwas anderes ergibt. Zu den hierauf auf das Beamtenverhältnis anzuwendenden arbeitsrechtlichen Regelungen würden u. a. folgende gehören: Wahrnehmung der vermögensrechtlichen Ansprüche (Arbeitsgerichtsgesetz), das Arbeitsschutzrecht (in erster Linie die Arbeitszeitregelung), das Koalitionsrecht, die Betriebsvertretungen. Dagegen wären die besonderen Bestimmungen über den Beginn und die Beendigung des Beamtenverhältnisses, über die Beförderung, über die Dienststrafen, über die Besoldung u. a. m. wie bisher durch besondere Beamtengesetze zu regeln, die in ihrer theoretischen Grundlage von der arbeitsrechtlichen Auffassung auszugehen haben.

Zum Schluß sei darauf hingewiesen, daß auch heute schon Beamte zum Teil arbeitsrechtlichen Bestimmungen unterliegen, so z. B. in der Invaliden- und Angestelltenversicherung bei Ausübung einer entsprechenden Tätigkeit. Sie sind nur versicherungsfrei, wenn sie eine Anwartschaft auf Pension und Hinterbliebenenversorgung haben. Wenn die Sozialdemokratie also jene Forderung der Eingliederung des Beamtenrechts in das Arbeitsrecht vertritt, so schwört sie damit keineswegs irgendwelche Gefahren für die Beamtenenschaft und ihre Rechtsstellung herauf, sondern sie erstrebt damit, auch die Beamten an dem Fortschritt der sozialen Entwicklung teilnehmen zu lassen. Es wäre an der Zeit, daß man sich dies endlich einmal allseitig klarmachen würde.

Dr. Hans Böcker

Ein Jahr Landarbeiterrechtsschutz.

Für die Landarbeiter hat der Rechtschutz eine ganz besondere Bedeutung. Der Herrenstandpunkt ist bei manchem Arbeitgeber noch außerordentlich stark betont, während das Arbeitsverhältnis auf dem Lande noch eine ziemlich persönliche Abhängigkeit mit sich bringt. Hinzu kommt, daß gegebenenfalls mit zeitraubenden Entfernungen zu rechnen ist, die Landarbeiter im schriftlichen wie im mündlichen Ausdruck nicht besonders bewandert sind und ihnen zur Inanspruchnahme eines Rechtsanwalts das nötige Kleingeld fehlt, ganz abgesehen von der Kenntnis der besonderen Verhältnisse der Landarbeiter.

Der Deutsche Landarbeiterverband hat sich daher den Rechtschutz für seine Mitglieder zur besonderen Ausgabe gemacht und seine Rechtsschutzeinrichtungen gut ausgebaut. Dem vom Verbandsrat des Deutschen Landarbeiterverbandes herausgegebenen Bericht über seine Rechtsschuttätigkeit im Jahre 1926 entnehmen wir:

Die Gau- und Kreisleiter des Verbandes haben 6633 Rechtsschutzfälle erledigt, die von 13398 Mitgliedern anhängig gemacht wurden und in 5647 Fällen erfolgreich, in 986 Fällen dagegen erfolglos waren. Die ausgefallene Gesamtsumme betrug 455755 Mark, durchschnittlich 34 Mark pro Kopf der Beteiligten. Das in den 5647 erfolgreichen Fällen Gewonnene läßt sich allerdings nicht in jedem Falle nach Mark und Pfennig berechnen, zumal nicht aus den Streitigkeiten auf sozialgesetzlichem Gebiete. Auch bei den meisten Wohnungsräumungsfällen, Mietfällen und teilweise nicht einmal bei den Kündigung- und Entlohnungsstreitigkeiten kann der Erfolg ziffernmäßig festgestellt werden. Der Betrag von nahezu

einer halben Million Mark

ergab sich fast ausschließlich aus den Lohnstreitigkeiten.

In 3723 Fällen handelte es sich um Lohn- und Tarifstreitfälle, von denen 3317 für die Mitglieder erfolgreich waren. Ein Beweis dafür, wie rigoros die landwirtschaftlichen Unternehmer den Arbeitern selbst in der an sich am wenigsten strittigen Lohnfrage gegenüberstehen. Die meisten Klagen stammen aus Ostpreußen und aus Mitteldeutschland. Vielfach wurde mit aller Raffinesse versucht, eindeutige tarifliche Bestimmungen sinnwidrig auszulegen. Insbesondere in Schlesien werden seit Jahren alle juristischen Spitzfindigkeiten aufgebaut, um die Landarbeiter in ihren tariflichen Rechten zu benachteiligen.

Bei der Berliner Rechtschutzabteilung wurden 1288 Fälle anhängig gemacht und mit Uebernahme des Restes vom Jahre 1925 1991 Fälle erledigt. Darunter waren 88 Lohnstreitfälle, wovon 68 mit teilweisem oder vollem Erfolg durchgeführt wurden. In diesen 68 Fällen ist für die Mitglieder Deputat- und Barlohn in einer Gesamtsumme von 47399 Mark herausgeholt worden.

Die Zusammenstellung ergibt: 6633 erledigte Fälle durch Gau- und Kreisleiter, 1391 Fälle von der Rechtschutzabteilung des Verbandes, zusammen 8024 Fälle, bei denen insgesamt 503154 Mark für die Mitglieder herausgeholt wurden.

Damit ist ein erneuter Beweis für die Leistungsfähigkeit der freigewerkschaftlichen Organisation erbracht. Diese Feststellungen zeigen deutlich als alles andere, daß die Gewerkschaften nicht etwa überflüssig, sondern zu einer Lebensnotwendigkeit der schaffenden Bevölkerung geworden sind. Die unorganisierten Arbeiter sollten dieser Tätigkeit des Deutschen Landarbeiterverbandes besondere Aufmerksamkeit widmen und die Ruhanwendung für sich daraus ziehen.

Die Tischlerausperrung bei Lindström.

Die Firma Lindström u. Co., Schießische Straße 26, sperrte am 18. Februar alle in der Abteilung Tischlerei beschäftigten Holzarbeiter aus, weil die Holzarbeiter den geltenden Tariflohn forderten. Als die Geschäftslage infolge der wirtschaftlichen Schwierigkeiten auch bei Lindström ungünstig lag, wurden den Facharbeitern die Löhne bis auf 85 Pf., d. h. bis etwa 30 Proz. gekürzt. Nachdem eine allgemeine Belebung des Arbeitsmarktes einsetzte und der Geschäftsgang sich auch bei der Firma Lindström besserte, wurde ihr wiederholt durch den Betriebsrat nahegelegt, einen Lohnausgleich zu gewähren. In brutaler Weise lehnte die Direktion jedes Entgegenkommen ab. Da Mitte Februar die Forderung erneut unter Hinweis auf das für das Holzgewerbe allgemein geltende Lohnabkommen gestellt wurde, sind sämtliche Holzarbeiter auf die Straße gesetzt worden. Dieser Kampf löst nunmehr schon seit mehr als neun Wochen und die Ausgeperrten sind entschlossen, ihn durchzuhalten.

Die Firma Lindström bemüht sich, die im Betriebe bisher hergestellten Kuffschränke und Gramophone von außerhalb zu beziehen und auch in anderen Betrieben anfertigen zu lassen. Es bedarf daher der äußersten Wachsamkeit aller Holzarbeiter, daß Streikarbeit für Lindström unterbunden wird. Auch dieser Firma muß gezeigt werden, daß tarifliche Vereinbarungen zu erfüllen sind, andernfalls sie durch Kampf erzwungen werden.

Aus dem Siemenskonzern. Steigerung der Unfallziffern.

Eine zu Freitag nachmittag einberufene Betriebsversammlung der Siemens u. Halske A. G., Blockwerk, beschäftigte sich mit Wertangelegenheiten. Zunächst wurde eine Uebersicht über das vergangene Geschäftsjahr gegeben, aus der hervorging, daß die Belegschaft um etwa 30 Proz. vermindert worden ist. Im Verlauf dieses Abbaues erfolgten viele Einsprüche gegen diese Entlassungen, weshalb der Arbeiterrat in verschiedenen Fällen Klage beim Gewerbegericht erhob, wobei er nur in einem einzigen Falle abgewiesen wurde. Wertwährend berührte das Verhalten des Firmenvertreeters vor dem Gewerbegericht, der sich stets weigerte, Vergleiche abzuschließen, und zwar deshalb, weil er angeblich einmal in seiner akademischen Ehre gekränkt worden sei.

Der Vertreter des Metallarbeiterverbandes, Genosse Rahmann kritisierte noch das Verhalten der Gelben während des letzten Geschäftsjahres. Ein Mitglied der Unfallkommission berichtete dann über seine diesbezügliche Tätigkeit im Betriebe. Es sei notwendig, mehr als bisher darauf zu achten, daß an den Maschinen die vorschriftsmäßigen Schutzvorrichtungen vorhanden sind. Ein Mitglied des Gesamtbetriebsrates wies auf den Geschäftsbericht der Betriebskrankenkasse hin, wonach im Jahre 1926 insgesamt 1639 Betriebsunfälle mit 45013 Krankheitstagen im Siemenskonzern sich ereignet haben. Das bedeutet gegen 1925 eine Steigerung der Unfälle um 25 Proz. und der Krankheitstage um 50 Prozent. Dabei war die Belegschaft im Jahre 1925 durchschnittlich um 8836 Personen stärker als im Berichtsjahre.

Zugegeben, daß noch viele Arbeiter die Unfallverhütungsvorschriften nicht genügend beachten, so beweist doch die Steigerung der Unfallziffern, daß auch im Siemenskonzern die Rationalisierung nur auf Kosten der Arbeiterschaft geht.

Die Versammlung beschäftigte sich dann weiter mit internen Betriebsangelegenheiten.

Betriebsratswahlen im Bankgewerbe.

Die Betriebsratswahl am Dienstag bei der Disconto-Gesellschaft kann als ein Erfolg für den Allgemeinen Verband der Deutschen Bankangehörigen bezeichnet werden. Trotz des von den gegnerischen Verbänden mit aller Schärfe geführten Wahlkampfes konnte der Allgemeine Verband seine Mehrheit im Betriebsrat voll und ganz behaupten. Der Betriebsrat setzt sich wie folgt zusammen: Allgemeiner Verband 10 Sitze, Deutscher Bankbeamtenverein 4 Sitze, Deutschnationaler Handlungsgehilfenverband 1 Sitz, Vereinigung der Oberbeamten 1 Sitz.

Lohnerhöhung der Metallformer.

Am Montag wurde vor dem Schlichtungsausschuss zwischen dem Metallarbeiterverband und der Vereinigung Berliner Metallgießereien über den Neuabschluss des am 1. April abgelaufenen Lohnabkommens der Metallformer verhandelt. Obwohl sich die Unternehmer zu einer Lohnerhöhung bereit erklärten, war in freier Verhandlung keine Einigung zu erzielen, da die Unternehmer den Abschluss eines Lohnabkommens bis zum 31. Dezember verlangten. Es wurde dann ein Schiedspruch gefällt, der ab 4. April eine Erhöhung sämtlicher bestehenden Löhne um 5 Pf. pro Stunde und der Akkorde um 4 Proz. vorsieht. Dieses Abkommen soll mit vierzehntägiger Frist zum Ende jeden Monats kündbar sein.

Zu diesem Schiedspruch nahm Montagabend im Gewerbegerichtshaus eine stark besuchte Versammlung der Metallformer Stellung. Nach dem Bericht des Branchenleiters Genossen Bredow über die Verhandlungen und einer eingehenden Aussprache wurde der Schiedspruch gegen eine starke Minderheit angenommen. Da auch die Unternehmer dem Schiedspruch zugestimmt haben, ist die Zulage bei der nächsten Lohnzahlung fällig.

Lohnerhöhung für Bretterträger.

Vom Verkehrsband war das Lohnabkommen der Bretterträger und Holzplagarbeiter zum 31. März gefündigt und einer der seit dem letzten Lohnabschluss eingetretenen Teuerung entsprechende Lohnerhöhung gefordert worden. Der nach den ergebnislos verlaufenen Verhandlungen angerufene Schlichtungsausschuss hatte einen Schiedspruch gefällt, der ab 1. April bis 31. März 1928 eine Erhöhung der Stundenlöhne um 8 Pf. und der Akkorde im gleichen prozentualen Verhältnis vorsah. Da dieser Schiedspruch von beiden Parteien abgelehnt worden war, hatte der Schlichter den Streitfall an sich gezogen und die Parteien zu Montag zu Verhandlungen geladen. Beide Parteien kamen überein, einen vom Schlichter gefällten Schiedspruch als bindend anzuerkennen.

Der jetzt gefällte Schiedspruch sieht mit gleicher Geltungsdauer wieder vorige Schiedspruch eine Erhöhung der Stundenlöhne von 9 Pf. auf 1,05 Mark, also um 10 Pf. pro Stunde vor und eine Erhöhung der Akkordpreise im gleichen prozentualen Verhältnis. Die Löhne der Russen erhöhen sich von 55 auf 56 Mark. Ebenfalls festgelegt wurde, daß die im Akkord tätigen Arbeiter mindestens 25 Proz. über ihren Stundenlohn verdienen müssen.

Die Sparkasse der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten u. G., Berlin, Wallstr. 65, ist täglich mit Ausnahme von Sonnabenden von 9-3 Uhr und 4-6 Uhr, Sonnabenden von 9-1 Uhr geöffnet.

Verantwortlich für Politik: Victor Schiff; Wirtschaft: G. Klingebiel; Gewerkschaftsbewegung: Felix Eckhorn; Neuheiten: R. A. Eißner; Lokales und Sonstiges: Feig Karstadt; Anzeigen: Th. Meier; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 66, Lindenstraße 3. (Stern 1. Beilage.)

Sonderauswahl für den großen Herrenlohn

Führend in Qualitätswaren

- Pullover** Baumwolle mit Kunstseide, mit und ohne Kragen **350**
- Pullover** aus schwerer Kunstseide mit Kravatte **650**
- Kleid** aus reinwollen, Vigoureux, moderne Bordüre **975**
- Jumper** aus Seidenmerocain, in schönen Dessins **1175**
- Jumper** aus reinseidenem Crêpe de Chine **1475**
- Kleid** aus reinseidenem Crêpe de Chine, moderne Jumperform **2350**
- Selden-Mantel** aus modernem Jacquard-Qualitäten **2650**
- Frühjahrmantel** Sportform mit Rückenfaalten u. Gürtel, reinw. Herrenqualität **45.-**

- Kinderkappe** farbige Seide mit Pompon **195**
- Kinderhut** nettes Phantasiegeflecht mit Blumen und höckeriger Bandgarnitur **475**
- Jugendliche flotte Kappe** Borte mit Seide **395**
- Frauenhut** mit Bandgarnitur und Ziernadel **575**
- Dur „Modehut“** buntes Strohflecht, schicke Form **750**
- Flitzhut** mit Stroharbeitung **975**

- Taghemd** feines, Wäschetuch, elegant, mit Spitzen-Ein- und -Ansatz **145**
- Nachthemd** Kimonoform, Renforcé, reich mit Stickerei oder Klappspitzen garniert **175**
- Garnitur** 2teilig, Taghemd nebst Beinkleid, sehr haltbare Qualität, mit Spitzen- und Hohltaugarnierung **275**
- Hemdbeinkleid** gestreift, Kunstseide, mit acru-farbiger Spitze garniert **450**
- Frottiertuch** Gr. 50/110, besonders schwere Qualität, mit farbiger Bordüre **195**
- Frottiertaken** Gr. 100/150, schöne griffige Ware mit zarten hellen Streifen **575**

- Büstenhalter** verschiedene Formen **95 85 48 Pf.**
- Hüftgürtel** mit Halter, sehr preiswert 1.95 1.45 **120**
- Damen-Strümpfe** modernste Farben, enorm billig 1.35 95 **75 Pf.**
- Herren-Socken** aparte Muster, schöne Farben 1.65, 1.35 **95 Pf.**
- Mako-Hemden imit.** für Herren, neue Farben 2.65 2.35 **195**
- Einsatz-Hemden** für Herren, moderne Muster 2.45 1.95 **175**
- Mako-Beinkleider** für Herren, viele Farben 1.95 1.45 **110**
- Herren-Garnituren** in farbig und gestreift, gute Sommerqualität **265**

- Stehumlegekrag**, mod. Form, prima, 41 **60 Pf.**
- Zephir-Hemd** in modernen Farben, mit Kragen **425**

- Mode-Hemd** mit Kragen in neuest. Ausführungen **690**
- Oberhemd** in nur modernen Farb., in sich kar., mit Krag. **790**

- Damen-Schirm** Halbbald., feste Karde, 12teilig **490**
- Damen-Schirm** braun, blau, Halbbald., moderne Griffe **790**

In erweiterten Räumen vergröß. Auswahl

Etamine für Schalensgardinen, apart. Streifen Mtr. **30 Pf.**

Künstl.-Garn. Etamine und Tüll, Steilig **290**

Diwanddecken Gobelingewebe Verduremuster **1275**

Steppdecken doppelt, Satin, Handarbeit **1650**

Joseph
Zentrale, Gaißhofsstr. 163

Zum Osterfest
bringe ich ein außergewöhnlich preiswertes Angebot in fertiger Herren- u. Knaben-Bekleidung

in nur anerkannten Qualitätswaren und eleganter Passform Ganz besonders empfehle meine

Maßabteilung
die das Geschmackvollste unter Leitung bewährter Schneider hervorbringt.

Große Auswahl in Gabardin-, Gummi- und Loden-Mäntel, Sport- u. Berufs-Bekleidung

J. Baer, Berlin N20
Badstraße 26, Ecke Prinzenallee
Anstalt u. größtes Spezialgeschäft des Gesundheitswesens.

Metall-Bettstellen

Fürst, Neukölln, Hermannstr. 38
Ecke Mahlower Str.

Kinderwagen u. Bettfedern
Fabrik für Ruhebetten, Auflegematratzen u. Feldbettstellen
Fabrikpreise - Lieferung in Neukölln und angrenzende Gegend frei Haus

Wein-, Likör- und Spirituosen-Großhandlung D. Zellermayer
Nur Gr. Frankfurter Str. 107 Nur
(Tel.: Alexander 3180)

Ist die billigste Bezugsquelle des Berliner Ostens!

Riesenauswahl!
Infolge Aufhebung der Getränkesteuer bedeutend herabgesetzte Osterpreise!
Vorzeiger dieses erhält 30% Rabatt!

Neuz.-Dir. C. & E. Eber

Wiener Sängerknaben

Ja, nun soll man hier etwas schreiben, was sich in der Schönheit und Besonderheit des Ereignisses eigentlich jedem deutenden Wort entzieht! - Nie habe ich von einem Knaben einen solchen Sopran gehört - frauenhafte Weichheit und Fülle, von einem bewältigenden Timbre, einem Schmelz und Glanz, wie er auch bei berühmten Sängern nur selten zu finden ist. (Man dachte zuweilen an Lotte Lehmann). Das Publikum war hingerissen. (D.A.Z., Berlin war entzückt. - Vor dem ungewöhnlich großen und klarschönen Sopran des kleinen Mathias Schneider müßte sich manche routinierte Opernsängerin beschämt verstecken. (B.T.)

Letzte Wiederholung Gründonnerstag 8 Uhr, in der Philharmonie (Der Dorfbarber).

Boie & Bock, Wertheim, Invalidendank

Zechlin Kronen
Berlin C25 Alexanderplatz Elektrisch und Gas.
Auch Teilzahlung.

Ischias
Infiltr. Entzünd. und Schmerzen, Arztl. empfohlen. In 15 Tagen sind schwere Fälle beseitigt worden. Ganzsichere Heilung. Heilung und Schmerz, Arztl. empfohlen. In 15 Tagen sind schwere Fälle beseitigt worden. Ganzsichere Heilung. Heilung und Schmerz, Arztl. empfohlen. In 15 Tagen sind schwere Fälle beseitigt worden. Ganzsichere Heilung.

M. Schulmeister
Berlin
Nur eigenes Fabrikat!

Moderne fertige Frühjahrs-Kleidung für den Herrn!

- Straßen-Anzüge** von **45.00 an**
- Frühjahrs-Mäntel** von **39.00 an**
- Gummi-Mäntel** von **17.80 an**
- Sport-Anzüge** von **49.00 an**
- Windjacken** von **11.00 an**
- Breeches** von **9.00 an**

M. Schulmeister
Kottbuser Tor

Zusammenbruch einer Hecke.

Helfershelfer des Beamten Haus vom Wohnungsamt Wedding ein - Journalist.

Die Nachforschungen des Wohnungsamtes Wedding in der Sache Haus haben weiteres belastendes Material zutage gefördert, das umgehend dem Untersuchungsrichter zugeleitet werden wird.

Haus hatte in einem Teil der Rechtspreffe Anschuldigungen gegen Stadtrat Fabiunke und Bureauvorsteher Rielke erhoben. Die eingehende Untersuchung durch Bürgermeister Reid ergab, daß es sich bei diesen angeblichen Verfehlungen um völlig einwandfreie, nach jeder Richtung hin korrekte altentfandene Jurisprudenz gehandelt hat, die Haus zum Teil selbst als verantwortlicher Beamter bearbeitet und befürwortet hat. Haus, der sich nicht geschämt hat, seinem Delegierten, Stadtrat Fabiunke, aus selbst gefälschten Akten Vortrag zu halten, bestritt zunächst, diese Fälschungen begangen zu haben und bezichtigte damit einen Beamten des Wohnungsamtes. Daraufhin erfolgte dann eine Gegenüberstellung. Dabei konnte Haus seine schweren Beschuldigungen gegen den makellos dastehenden Beamten nicht aufrechterhalten. Haus gestand, den Beamten zu Unrecht bezichtigt sowie die Fälschungen selbst vorgenommen zu haben.

Die angestellten Ermittlungen ließen erkennen, daß Haus mit Wohnungsschiebern in Verbindung gestanden haben mußte, die ihm zahlungssträffige Wohnungssuchende zuführten. Dieser Verdacht hat sich nun in einer überraschenden Weise bestätigt. Als diese Mittelsperson entpuppte sich ein Journalist Hartwig, der für ein Berliner Mittagsblatt arbeitet. Hartwig ist bereits überführt, in mehreren Fällen gegen vorherige

Zahlung erheblicher Geldbeträge die Zuweisung einer Wohnung bei Haus vermittelt zu haben, obgleich die Wohnungssuchenden gar nicht in den Bereich des Wohnungsamtes Wedding gehörten.

Derselbe Journalist Hartwig hat sich nicht geschämt, bereits Anfang März, als die Verhaftung des Haus bevorstand, einen Brief an den Bürgermeister Reid unter Beifügung eines angeblich ihm eingesandten Artikels zu richten, in dem er um Untersuchung der in dem Artikel angeführten Wohnungssachen ersuchte. Dieser von Hartwig an Bürgermeister Reid übersandte Artikel enthielt dieselben Anschuldigungen und benannte genau dieselben Fälle über nicht korrekte Wohnungszuweisungen durch Stadtrat Fabiunke und Bureauvorsteher Rielke, die jetzt in einem Teil der Rechtspreffe mit wahrer Wollust wiedergegeben wurden. Jetzt ist klar, warum Hartwig bereits damals als Vertrauensmann des Haus auftrat. Er wußte, daß es mit einer Anklage gegen Haus auch ihm an den Kragen ging, deshalb glaubte er, durch die in jenem Artikel enthaltenen Anschuldigungen sich selbst und Haus zu entlasten. Nun wundert man sich auch nicht mehr, daß Haus als Verteidiger ausgerechnet den Syndikus des Mittagsblattes genommen hat.

Beschämend für die Rechtspreffe ist, daß sie die Verleumdungen gegen Stadtrat Fabiunke und Bureauvorsteher Rielke aufnahm, ohne sich mit dem zuständigen Bezirksamt in Verbindung zu setzen. Nun hat sich ihr Gewährsmann als Wohnungsschieber entpuppt. Wir werden sehen, ob jene Zeitungen jetzt den Sachverhalt bekanntgeben werden.

Die Jagd ohne Wild.

Empörtter Studienrat und beleidigter Bürgermeister.

Wegen Beleidigung des Bürgermeisters von Treuenbriegen, Herrn S., mußte sich der 36jährige Studienrat Martin L. aus Berlin-Schöneberg vor dem Potsdamer Schöffengericht verantworten. Die Stadt Treuenbriegen hat ihr eigenes Jagdrevier 1925 an einen Treuenbrieger Jagdverein verpachtet. Der Angeklagte pachtete dieses Jagdrevier von dem Jagdverein für eine jährliche Pachtsumme von 600 M. Aber der Herr Studienrat erlebte mit seinem Jagdrevier große Enttäuschung, denn weit und breit war kein Wild zu sehen. Im ganzen erlegte der Angeklagte für seine 600 M. mit großer Mühe zwei Hasen und ein Reh. Der Studienrat versuchte es nun mit einer Treibjagd. Zahlreiche Herren folgten der Einladung. Aber was war die Beute? Vier ganze Hasen. Nun rief dem Studienrat die Geduld, und am 29. November richtete er ein Schreiben an den Vorstand des Kreises Juch-Belzig in Form einer Beschwerde gegen die Stadt Treuenbriegen. In diesem Schreiben beschwerte sich der Angeklagte, daß man ihm eine Jagd ohne Wild verpachtet habe. Weiter heißt es: „Ist der Jagdvertrag der guten Sitten entsprechend geschlossen? Ich werde durch einen Rechtsanwalt den Vertrag wegen arglistiger Täuschung anfechten. Ich werde von dieser Schamlosigkeit der Jagdpresse Mitteilung machen. Bei solchem allem Anstand und allen Sitten höhnisch-predigenden Vertrage kann einem nur das arme Maß leid tun.“ Der Magistrat der Stadt Treuenbriegen fühlte sich dadurch beleidigt, denn die Beleidigung konnte nur gegen den Bürgermeister gerichtet sein. Die Stadt stellte daher Strafantrag. In der Verhandlung kam zur Sprache, daß der Angeklagte mit der Stadt Treuenbriegen nichts zu tun hatte. Wenn er sich betrogen fühlt, so konnte er nur gegen den Jagdverein Treuenbriegen vorgehen, denn von diesem hat er die Jagd gepachtet. Der Staatsanwalt beantragte wegen Beleidigung 150 M. Geldstrafe. Das Urteil erging demgemäß.

Feuer in einer Gasanstalt.

Mehrere Wäschüge der Feuerwehr wurden heute früh kurz vor 4 Uhr nach der Müllerstr. 184a gerufen, wo in den Kellereien des zu den Gaswerken gehörenden Beamtenhauses Feuer ausgebrochen war, das an Heizmaterialien und anderen leicht brennbaren Gegenständen reiche Nahrung fand. Trotz der außerordentlich starken Verqualmung gelang es, den schon ziemlich ausgebreiteten Brandherd zu lokalisieren und das Feuer nach längerem Wassergeben zu löschen. Die Entstehungsursache ist noch unbekannt.

Zimmer noch Nachtlänge.

Die Nachtlanzbetriebe haben durch die Einführung der 3 Uhr-Polizeistunde einen schweren Schlag erlitten. Sie sind ihm so gut wie alle erlegen, der Betrieb lohnt nicht mehr. Nur ein Unternehmer hält hartnäckig noch aus, Herr Sieglismund Kohnke, so oft auch seine Betriebe schon ausgehoben worden sind. Jetzt ließ er wieder an zwei Stellen nach tanzen und die ständige Stütze seiner Kunst, „Knochen-Ellis“, hatte sich auch hier wieder in seinen Dienst gestellt. In den Hinterräumen eines Hotels in der Dorotheenstr. verkehrten nur Ausländer. Kohnkes Schleppe wandten sich nur an diese und spiegelten ihnen vor, es handele sich um ein ganz anständiges Unternehmen, für das sie die polizeiliche Erlaubnis hätten. In der vergangenen Nacht überreichten die Kriminalbeamten 18 Personen, die durch ihr Erscheinen durchaus nicht unangenehm berührt waren. Die Gasse hatten schon gemerkt, daß es sich bestimmt nicht um einen erlaubten Betrieb handelte, waren aber doch noch nicht zu dem Entschluß gekommen, die ungemütliche Stätte zu verlassen. So kamen sie nun aus der Verlegenheit heraus und sparten auch noch das Geld für die Zechen. — Leute aus der Provinz luden Kohnkes Schleppe ferner nach der Auguststraße. Hier spezialisierte er auf den Ruf des „Augustkeller“ in dem Hause Nr. 3. Das ist ein Keller,

der früher in ganz Berlin als Sammelpunkt durchaus nicht zweifelhafter Gäste bekannt war. Mit der Einschränkung der „Bouillonkeller“ verschwand zunächst auch der „Augustkeller“. Als Tagespreiswettbewerb wurde er dann wieder aufgemacht. Kohnke aber rechnete mit seinem alten Ruf und rechnete damit richtig. Die Schleppe fanden immer wieder Provinzialer, die die ehemalige Stätte des Krüfens als „Schenwürdigkeit“ gern einmal aufsuchten, zumal da ihnen gesagt war, daß dort nur Bier ausgeschenkt werde. Das stimmte nun allerdings nicht, es herrschte vielmehr Sektzwang. Zu den Nachtlängen diente auch hier ein traulich eingerichteter Hinterraum. Die Beamten trafen hier 23 Personen und stellten sie fest. Aber auch Kohnke, der sehr vorsichtig geworden, wurde diesmal „geschnappt“ und festgenommen.

Das amerikanische Bauprojekt.

In der letzten Zeit berichteten wir wiederholt über die Vorschläge zum Wohnungsbau, die der Stadt Berlin von der amerikanischen Firma Chapman and Compagnie, New York, gemacht worden sind: 14 000 Zwei- bis Vierzimmerwohnungen in hochstöckigen Gebäuden sollen mit einem Betrage von rund 150 Millionen Mark finanziert werden. Schon damals sagten wir, daß diesen Vorschlägen grundsätzliche Sympathie gebührt. Der gleichen Ansicht war man auch in einer Versammlung der Ortsgruppe Berlin des Reichsbundes deutscher Mieter, die gestern abend im Spatenbräu in der Friedrichstraße stattfand. In einem längeren Referat setzte Architekt Paulsen die Bedingungen des amerikanischen Projektes auseinander, und er kam zu dem Schluß, daß die Stadt Berlin alle Veranlassung habe, die Verhandlungen fortzusetzen. Lebhaft wurde in der Aussprache darüber geflagt, daß die Kommunalverwaltung bisher zu wenig zur Betämpfung der Wohnungsnot getan hat. Eine Entschlieung bewegte sich in gleichem Sinne.

Neue Spuren in der Banderolenschieberaffäre.

Die weiteren Ermittlungen in der Banderolenschieberaffäre Siré und Genossen haben zur Aufdeckung neuer Spuren geführt, die allem Anschein nach, wie schon neulich angedeutet wurde, nach Sachsen, und zwar nach Dresden laufen, wohin sich der Berliner Untersuchungsrichter voraussichtlich in den nächsten Tagen begeben wird. Im übrigen soll mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln versucht werden, eine Auslieferung des sächsischen Fabrikanten Kahl aus Belgien — er hält sich mit seiner Frau bei Verwandten in Eupen auf — herbeizuführen, da Kahl als einer der Hauptbeteiligten für den weiteren Fortgang des Verfahrens unbedingt gebraucht wird. Vor allen Dingen wird es auch wichtig sein, ihn mit dem neuerdings wieder verhafteten Jungermann zu konfrontieren, da dieser — übrigens ein sehr vermöglicher Mann — überhaupt, mit Kahl nur im regulären Geschäftsverkehr gestanden, keineswegs aber hinsichtlich der Banderolenschieberungen etwas mit ihm zu tun gehabt zu haben. Kahl hatte seinerzeit, als man ihn zuerst festnahm, eine sehr erhebliche Kaution gestellt, die er dann aber im Stich ließ, da ihm der Boden in Deutschland zu heiß wurde. Der in dieser Affäre viel genannte Franz Wilsdorf soll übrigens den Behörden schon von früheren Banderolenbetriebern sehr verdächtig sein. Bei allen diesen Ermittlungen steht man immer wieder auf seine Person, und es scheint, als ob er auch in dieser Affäre wieder einer der Hauptbeteiligten ist. Der Kaufmann Kurt Kohn aus Berlin, dessen Verhaftung in Düsseldorf wir meldeten, ist inzwischen auf Grund einer Haftbeschwerde wieder freigelassen worden, da bei ihm angeblich keine Verbunkungsgefahr vorliegen soll. Dagegen wurde in Köln ein gewisser Baroldy unter dem Verdacht der Beteiligung an diesen Fälschungen festgenommen. Auch in anderen Städten, vor allem in Hamburg, von wo seitende Kriminalbeamte gestern in dieser Angelegenheit nach Berlin gekommen waren, dürften weitere Verhaftungen bevorstehen, da sich durch die bisherigen Vernehmungen und aus den beschlagnahmten Korrespondenzen immer neue Spuren ergeben.

Vom Teppichhändler zum Teppicheinbrecher.

Als ein Fachmann entpuppte sich ein Einbrecher, der lediglih Teppiche stahl und seit einem halben Jahr den ganzen Westen von Groß-Berlin unsicher machte. Am Sonnabend wurde am Prager Platz ein gut gekleideter Mann, der im Begriff stand, eine fremde Wohnung mit einem Dietrich aufzuschließen, von einer Hausangestellte überrascht. Er ergriff die Flucht, das Mädchen verfolgte ihn aber, und so gelang es, ihn zu ergreifen. Die Kriminalpolizei stellte ihn fest als einen 31 Jahre alten Martin Bruhn, der früher ein bekannter Teppichhändler war. Das Sonderdezernat B. 9 führte nun bald die vielen Teppichdiebstähle im Westen auf. Alle hat der verhaftete Bruhn auf dem Kerbholz. 30 gestohlene Teppiche wurden wieder entdeckt, und zwar in Pfandleihen, wo der Einbrecher sie sofort verfehlt hatte. An die 50 Einbrüche konnten ihm nachgewiesen werden. Die Vernehmungen und Gegenüberstellungen sind aber noch nicht abgeschlossen.

Schafbock-Schau.

99 Schafböcke, die Elite aus den Stammzüchtereien der Provinz Brandenburg, gaben sich auf dem Lagerviehhof in Friedrichshagen ein Stelldichlein. Schafkundige Augen betrachteten jedes Tier auf seinen Bau, dann wurde auf das Fell gepustet, damit man die Dichte der Wolle gewahrte und wenn darauf der Bod losgelassen wurde und Reifhaus nahm, begutachteten die Richter seinen Gang. Die meisten Preise holte sich die Schafzüchterei Merzdorf bei Schwiebus, die ungehörnte Böcke zeigte. Der Verband der Schafzüchter sieht darauf, möglichst frühreife schwere Tiere mit vieler und guter Wolle zu ziehen. Das Zuchtmaterial der Provinz Brandenburg ist berühmt, so kaufte u. a. die Sowjetregierung 1200 Zuchtböcke an, zudem wurde ein Handelsvertrag auf fünf Jahre abgeschlossen, da Rußland nur drei Viertel seines Eigenbedarfes an Wolle decken kann. Dieses war die zweite Schau; die erste fand im Vorjahre statt, die die Landwirtschaftskammer für die Provinz Brandenburg veranstaltete.

Riesenhôtelbrand in New York.

Ein 38 stöckiger Neubau in Flammen.

New York, den 13. April. (U.) Im Neubau des „Netherland Hotels“ in der fünften Avenue, im feudalsten Wolkenkratzerviertel, brach gestern abend im 34. Stockwerk Feuer aus. Da die umliegenden Wolkenkratzer nicht hoch genug waren, um von dort aus an den Herd des Feuers heranzukommen, konnte die Feuerwehr erst eingreifen, als das Feuer die 25. Etage erreicht hatte. Das Hotel „Netherland“ zählt insgesamt 38 Stockwerke. Das Gebäude gleicht einer Riesensackel, die weithin sichtbar ist. Riesenmassen umlagern das Gebäude und bevölkern den nahegelegenen Zentralpark. Tausende von Polizisten haben die größte Mühe, die Menschenmassen einigermaßen von dem gefährlichen Brandort zurückzuhalten. Brennende Balken, Türen und Fenster fallen andauernd auf die Straßen und umliegenden Dächer, wodurch die Arbeit der Feuerwehr aufs äußerste gefährdet wird. Der gesamte Verkehr mußte umgelegt werden. Das Feuer war bis zu den äußersten Vororten von Long Island sichtbar.

Wirbelsturm in Texas.

Bisher 200 Tote und zahlreiche Verletzte.

New York, 13. April. (U.) Nach einer Meldung des „Universal Service“ ist Texas von einem schweren Tornado (Wirbelsturm) heimgesucht worden. Bisher wurden 200 Tote und zahlreiche Verwundete gemeldet. Die Ortschaft Red Springs ist völlig zerstört; nur drei Häuser blieben unbeschädigt. Der Tornado kam vom Süden her, wo er gleichfalls Tod und Zerstörung verbreitete. Ein Hilfszug des Roten Kreuzes ist unterwegs. Die Bergung der Toten und Verwundeten macht außerordentliche Schwierigkeiten, da sie meistens unter den Trümmern begraben sind.

Todesprung aus dem Flugzeug.

Mannheim, 13. April. (U.) Am Dienstag nachmittag entstand auf einem über der Stadt Germersheim treuzenden französischen Militärflugzeug ein Bergarbeiterbrand. Ein mißglückender Flugschüler sprang aus Verwirrung über die Motorstörung in einer Höhe von 300 Metern aus dem Apparat und blieb zerschmettert am Boden liegen. Der Führer des Flugzeuges konnte den Apparat im Gleitflug auf den Boden setzen. Ein zufällig vorübergehender Weilheimer Einwohner befreite den Bewußtlosen, aber sonst völlig unverletzten Flieger aus den Trümmern des Flugzeuges.

Sühne für das Autounglück von Tscherbeneh.

Stah, 13. April. (U.) Gestern wurde vor dem großen Schöffengericht der Autoführer Emil Jansa, der das schwere Autounglück in Tscherbeneh, bei dem 7 Menschen getötet und 58 verletzt wurden, verschuldet hat, wegen fahrlässiger Tötung in Tateinheit und gefährlicher Körperverletzung und Vergehens gegen das Kraftfahrzeuggesetz zu einem Jahr Gefängnis und 300 Mark Geldstrafe verurteilt.

Noch ist es Zeit, für das Osterfest moderne Beselungen zu billigen Preisen zu erheben. Das altbekannte Gesellschafter für Herren- und Knabenmäden, G. Joseph, Bin-Schneider, Hauptstr. 1, Eck Gramschstr., unterhält reichhaltige Lager in Strohhut- und Sportmägen sowie Mänteln, trägt bemüht guter Qualität zu billigen Preisen. Die Firma legt nach wie vor Wert darauf, stets das Beste für jeden Geschmack auf ihrem Gebiet zu zeigen. Eine große Auswahl in Mohrweber, Gummi- und Ledermänteln, sowie Bindfäden, Hosen und Bekleidung für Knaben bieten Gewähr für billigen Einkauf.

Großer Osterverkauf der Firma Wilhelm Joseph, Schneider, Hauptstr. 163. Dieser beliebte Verkauf wird allgemein zur Bedingung des Frühjahrsverkaufs benutzt, in der richtigen Erkenntnis, daß diese Gelegenheiten hätte brünners günstig ist. Die Lager bringen eine unendliche Fülle herrlicher Bekleidung verschiedener Art. Es sind keine Ball- und Selbstkosten, aber archaischen, unfehlbarsten Kleider, Mäntel und Bekleidung, immer finden Sie eine ungeahnte reiche Auswahl bei größter Preiswürdigkeit. Wir verweisen auf das heutige Inserat der Firma.

LOESER & WOLFF
Größter zentralisierter Fabrikationsbetrieb der Branche in Europa!
Restposten Concret von 15,4 auf 10,4 herabgesetzt
Wir empfehlen außerdem:
II. Sortierung mittel 12,4
Grillenfänger 15,4
Geschenkpäckungen in reichhaltiger Auswahl
Zentrale: Berlin C25, Alexanderstr. 1 * Hauptfabrik in Elbing

AUFGEPASST!

ZUGEFASST!



- Damen-Blaidung**
- Shetlandmantel 12.75
 - jugendliche fesche Form
 - Mantel aus Impr. Kar. Stoffen, sportmäßig verarb. 19.75
 - Mantel aus gemustert. Herrenstoffen u. rein Wolle 39.50
 - Kostüm aus Schottlandstoffen, herrenmäßig, verarb. 29.50
 - Kostüm a. mod. Herrenware, Jacke ganz mit Crêpe de chine-Futter 69.50
 - Wollkleid, den neuen Russent., Rock in Plüsch. 24.50
 - Lumberjaks in hellen u. dunkl. Farb., in Wolle u. Kunstst. 9.75
 - Kinderkleid aus apart. Pulloverstoffen, Größe 60 4.95
 - Kinderkleid in apart. Kombination, Größe 60 14.75
 - Kindermantel aus prakt. Donegalstoffen, Größe 60 7.90

- Herren-Blaidung**
- Herren-Hosen auch brech. u. fest. Stoff. 11.50 8.90 5.90
 - Knaben-Anzüge Anknopf- und Schupforn, ap. Neuhelien, 1. 2. J. 8.75 6.50
 - Knaben-Sport-Anzüge für 9 Jahre, neue Frühjahrsmuster. 19.75 16.50
 - Knaben-Mäntel für 2 Jahre, prakt. Stoffe 12.50 9.75 6.50
 - Sacco-Anzüge 1. u. zweiflig, aparte Neuheit, gute Verarbeitung. 54.00 48.00
 - Frühjahrs-Mänt. mod. Farben und Formen 65.00 58.00 42.00
 - Gummi-Mäntel genäht und geklebt, auch mit Stoffüberzug. 16.50 10.90
 - Loden-Mäntel Box u. Schleppt. 26.00 19.50 14.75

- Damen-Gondelstiefel**
- Handschuhe moderne Sticker-Manschette 1.25
 - Handschuhe elegante Ausfertigung, mit Manschette 1.95 1.50
 - Leder-Handschuhe mit eleganter Manschette, schwarz und modelfarben 4.25
 - Leder-Handschuhe mit eleg. Sticker-Manschette 5.75
 - Leder-Handschuhe 2 Druckknöpfe, Ziegen 4.90

- Damen-Wäsche**
- Trägerhemd mit Stickerergänzung 1.75 1.30
 - Hemd mit breiter Achsel- u. Sticker 2.45, m. Languetten 1.25
 - Hemd hose Trägerform mit reicher Sticker 4.25 3.10
 - Hemd hose Trägerform mit Knöpfelspitze garniert 1.95 1.50
 - Prinzeßrock Trägerform mit breiter Sticker 3.25 1.95
 - Prinzeßrock Trägerform m. reich. Spitzengarnierung 4.90 3.50
 - Garnitur Hemd u. Bekleid. m. Sticker 8.25, m. Spitzengarn. 4.75
 - Nachthemd Bubikragen u. reich garnierter Weste 6.75 4.40
 - Schlüpfer Kunstseide, gestreift, prima Qualität 2.95

- Damen-Gürtel**
- Jugendl.-Hut aus stark. buntem Strohgewebe 2.95
 - Trotteur aus moderner Borte mit Bandgarnitur 3.90
 - Trotteur kombiniert. Seide mit zweifarbiger Borte 5.90
 - Trotteur Seidenkopf und Bortenrand, in groß. Farbsort. 6.75
 - Moderner Hut Seide mit Borte in modernen Farben 7.75
 - Fesch Hut Kappenkop aus Borte m. Seiden- u. Blumenz. 9.50
 - Kinderhut, bunt. Stoff m. Seidenrand u. Gummihaar 2.85
 - Kinder-Schulhüte aus bunt. Stroh m. Bandgarnitur 3.90
 - Kinderhut aus Kunstseide hübsche kleids. Form 1. viel. Farb. 3.25

- Herren-Blaidung**
- Oberhemd Perkal mit Kragen 3.75
 - Oberhemd einfarb. Bettel-raye, durchgehend kariert 7.50
 - Oberhemd Tricollin, gemustert und einfarbig 9.75 7.90
 - Selbstbinder moderne Muster 1.45 0.95 0.75
 - Selbstbinder Reine Seide 2.45 1.60
 - Stehumlegekragen Prima Make 5.80 0.50
 - Einstoffkragen vorzügliches Fabrikat 0.80
 - Herrenhüte moderne Formen und Farben 6.75 3.90
 - Herrensportmütze in neuen Mustern 1.90 1.25

- Herren-Blaidung**
- Spitzentücher in reicher Ausfertigung 0.65, 0.80 0.30
 - Damen-Buchstabentücher Satin, m. weiß. Seidenkante, 1/4 Dtz. 0.75
 - Herren-Linontücher weiß oder mit schlarbenen Kanten 0.35, 0.25 0.20
 - Seidene Einstecktücher Damen u. Herren, in sehr gr. Ausw. 1.80, 1.10, 0.95 0.65

- Damen-Strümpfe**
- Damenstrümpfe moderne Farben, mit Seiden-Grill, Doppelsohle u. Hochleiste 0.75
 - Damenstrümpfe Seidenflor, Doppelsohle, Hochleiste, viel. mod. Straßenfarb. 1.80 1.25
 - Damenstrümpfe Kunstseide, Doppelsohle und Hochleiste, feine Qualität 1.95
 - Damenstrümpfe künstliche Wäsche, viele moderne Straßenfarb. 1.50
 - Herren-Socken buntfarbig, Jacquard 0.65

- Herren-Blaidung**
- Häftgürtel farb. Jacquard, oben m. Gummihaar, u. Halter 3.50 1.85
 - Häftgürtel farb. Jacquard, ohne Rückenschürung, m. breit. Gummihaar und Halter 4.25 1.95
 - Schlüpfer aus Seidengummi, vier Halter 11.50, aus baumwoll. Gummi, vier Halter 5.25
 - Sportgürtel farb. Jaq. vorn u. Knopf, u. Halter 2.10, aus Dreil. 1.20
 - Strumphaltergürtel farb. Jacquard, mit vier Halter 0.95
 - Büstenhalter aus Trikot Vorder- u. Rückenschluß 0.55 0.65

- Herren-Blaidung**
- Trikot-Oberhemd mit mod. Einsätzen, mittelgroß 2.60
 - Herren-Garnituren Jacke und Hose, feine Farben, klein, mittel, groß 3.90
 - Damen-Schlupfhöschchen Kunstseide, moderne Farben, Pagenform 1.35
 - Damen-Schlupfhöschchen Kunstseide, vorzügliche Qualität 1.95
 - Kinder-Schlupfhöschchen Kunstseide, mit doppeltem Schritt, Größe 1-2 1.45

- Herren-Blaidung**
- Ripskragen runde Form gefüttert 0.55
 - Crêpe de chine Garnitur in vielen Farben 1.45
 - Weste aus acrd. Tüllspitze 2.25 1.25
 - Ripswesten Kunstseide Kragen schwarz gepaspelt 3.75
 - Kunstseidenschal in allen Farben 1.45
 - Crêpe de chine Schal mit Handmalerei 3.75 2.95

- Herren-Blaidung**
- Damen-Besuchstaschen Leder 0.95
 - Besuchstaschen mod. in apart. Lederart. 6.95, 4.50 2.95
 - Damen-Beuteltasch. hochelegante, in modern Lederarten u. Farben 9.50, 6.50 3.95
 - Brieftasche echt Saffian, ovale Fächer u. Geheimfach 3.95
 - Stadtkofferchen mit bewegt. Grill u. Schließschloß 0.75
 - Coupeköffer echt Valk. röhre, 60 cm groß, 8 Schuhecken 2 Packgurte, 2 Patenschlüssel 7.50



13⁹⁰

S. Joseph & Co. Neukölln
Berliner Str. 51-55



16⁵⁰

MÖBEL
auf Teilzahlung
unter günstigst. Zahlungsbedingungen!
Schlaf-, Speise- u. Herrenzimmer, Nußbaum-, Einzel- u. Doppelmöbel sowie Küchen, weiß und lackiert, zu enorm billigen Preisen und guter Verarbeitung.
Vater Garantie einwandfreies Material.
Möbelhaus Suchlich
Berlin S, Colbitzer Damm 77
am Hohenstaufenplatz. Uhrzeit: 11-7, 11-4, 4-8. Uhrzeit. Hermannstr. 10.
Geöffnet von 8^{1/2}-7 Uhr.

Zur Neueinrichtung, Umzug oder Renovierung Ihrer Wohnung empfiehlt sich
Dekorateur Alfred Walter
Lager und Anfertigung von Dekorationen und Gardinen aller Art
Bett-, Tisch- u. Wanddecken äußerst billig nur
Neukölln, Seidower Str. 6 II. Etage, Kein Laden! Tel. Nkl. 2529

Zu noch nie dagewesenen Preisen bringen wir
Stores, Gardinen, Bettdecken
Künstler-Gardinen in besten Qualitäten für 5.90, 7.50, 8.90 M.
Halbstores in allen Webarten 1.75, 4.50, 5.50 8.- M.
Gardinen-Reste Sim-Idah u. Einzelstücke zum halben Preis.
— Einzelverkauf von 9-7 Uhr. —
Spezial-Gardinen-Werkstätten
Neukölln, Bergstr. 67
2. Stock, am Ringbahnhof
Kein Laden!

Anzüge * Mäntel
fertig und nach Maß
kauft man gut und billig
bei
Gebr. Goldmann
Neukölln, Berliner Straße 35
Auf Wunsch Zahlungserleichterung!

Dörffler
WÜRSTCHEN * BOCKWURST
Etwas ganz Besonderes!
Gerhard Köhnen
Das Haus für Volkskleidung und Berufskleidung
NEUKÖLLN
Hermannstraße 76-77

Auf Teilzahlung Herren-, Damen-Garderobe Anzüge, Gummi-Mäntel, Kleider
MÖBEL
bis 18 Monatsraten
Schlaf-, Speise-, Herrenzimmer, Küchen, Einzelmöbel, Federbetten
Aniel
Gr. Frankfurter Str. 34 (Strausberger Platz).
Lendau's Korbmöbel
Vollendete Formen
Aparte Muster
Mäßige Preise
Wohnstätten u. Verkauf:
Neukölln
Kampffeldstr. 10 und
Hermannstr. 10 (Tel. Neuk. 1789)

Augenärzter
Max Trusch,
Städtisch geprüfter Optiker-Meister,
Bln., Dresdener Str. 131 (Kottbuser Tor)
Ohne Kosten werden die Sehleistungen der Augen mit den neuesten Apparaten geprüft u. f. voll. Zufriedenheit garnet.
Größte Auswahl! Billigste Preise!
Lieferant sämtl. Krankenkassen!

Oster-Angebote von enormer Billigkeit!
Neueste Formen, moderne Stoffe, tadelloser Sitz und Verarbeitung!

Sakko-Anzug halbfarb. Stoffe, solide Form 28.-	Herren-Mantel grau gemustert, mit Gest. und Falls 29.-	Sport-Anzug Cheviot-stoffe, Fischgräten-Muster 32.-	Gummi-Mäntel mit Stoff-Neuheit 10 ⁹⁰
Sakko-Anzug schwarz, Farben, moderne Machart 36.-	Herren-Mantel fesche Machart, helle u. mittlere Farben 36.-	Sport-Anzug gebardine-artige Stoffe, schöne Farben 48.-	Loden-Mäntel "Impregniert" verschiedene Formen u. Farben 24.-, 26.-, 28.-, 18.- 14 ⁵⁰
Sakko-Anzug gemusterte und blaue Cheviots, 1. u. 2. zweiflig. 48.-	Herren-Mantel moderne Stoffe, neue Farben 42.-, 45.-, 50.- 48.-	Sport-Anzug Cheviot u. Gebardine-Stoffe, mit 2 Hosen 78.- 69.-	Windjacken Gebardine und Zellstoff, imprägn. 18.50, 19.50, 22.50, 25.50 7 ⁹⁰
Sakko-Anzug helle und dunkle Farben, Streifen u. Karos, 50.-	Herren-Mantel "Max-erweit" mod. Geb.-u. Chev-Stoffe 50.- 75.-	Manchester-Anzug halbfarb. geköppte Ware 42.-, 50.- 29.-	Hosen gestreift und Krocobes 11.-, 12.-, 14.-, 16.-, 18.-, 20.-, 22.-, 24.-, 26.-, 28.-, 30.- 3 ⁹⁰
Sakko-Anzug wellene Qualitäten, "Malerstr." 100.-, 85.-, 60.- 75.-	Herren-Paletots schwarz u. maroone Ober-, gelb 60.- 52.- 46.-	Loden-Anzug "Impregniert" verschiedene Farben 35.-, 42.-, 50.- 32.-	Knaben-Anzüge und -Mäntel 14.50, 12.50, 8.90 6 ⁹⁰

S. Joseph, Schöneberg, Hauptstraße 1
Ecke Grunewaldstraße